Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 925.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 16 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 279. Dienstag, den 28. November 1916. 23. Jahrg.

Nicht verallgemeinern.

Wir freuen uns, die folgenden Betrachtungen eines Genossen in der „Fränkischen Tagespost" veröffentlichen zu können:

„Der Franzose möchte schon Frieden machen, aber der Engländer läßt ihn nicht. England ist überhaupt schuld an allem . . ." Wie oft hört man solche und ähnliche Wendungen! Aber — von allem anderen hier abgesehen — wer ist „der Franzose", wer „England"? Will, wer so spricht, mit diesen Ausdrücken die breiten Massen des arbeitenden Volkes bezeichnen oder die engen Kreise der Regierung und die hinter ihr stehenden „maßgebenden" Schichten der modernen Staatsgebilde? Oder sollen jene Worte Regierungen, Bürger und Arbeiter zusammen umfassen? Die Gefahr ist groß, daß, wie immer auch das „England", „Frankreich" usw. gemeint sein mag, es von dem Hörenden anders verstanden wird als vom Sprechenden. Besonders unheilvoll aber wirken diese Ausdrücke noch deshalb, weil sie es geradezu nahelegen, alle Kreise und Klassen der Nationen in einen gemeinsamen großen Topf zu werfen.

Und doch wird man nur in den wenigsten Fällen in irgend einem Staate annehmen können, daß über eine Frage bei all seinen Gliedern die gleiche Auffassung besteht, daß alle ein gleicher Wille beseelt, daß für irgend eine Kundgebung, irgend einen politischen Vorgang sämtliche Klassen und Parteien die gleiche Verantwortung tragen. Gerade wer heute von der Schuld am Kriege, von Friedenssehnsucht und Friedenswillen spricht, wird sich immer vor Augen halten müssen, daß — allen Verkündigungen von Gottesfrieden, heiliger Eintracht und ähnlichem zum Trotz — jede Nation in sehr verschieden zu beurteilende Interessenschichten zerfällt, daß Regierende und Regierte, die mächtigen Herren am grünen Tisch und die frierenden Soldaten in den Schützengräben, die gutverdienenden Kriegslieferanten und die darbenden Kriegerwitwen, oft sehr weit Auseinandergehendes denken und wünschen werden. Wer das übersieht, verschließt sich den Blick zur richtigen Erkenntnis und kommt unweigerlich zu falschen Urteilen. Sie müssen aber keinem schlechter anstehen als demjenigen, der sozialistisch geschult ist und eingesehen hat, welche Rolle in allem geschichtlichen Werden die verschiedenen Interessen der einzelnen Klassen spielen.

Nicht minder groß ist das Uebel anderer Verallgemeinerungen. Der deutsche Zeitungsleser bekommt täglich eine Reihe ausländischer Blätterstimmen vorgesetzt. Aus ihnen zieht aber mancher sehr wenig zutreffende Schlüsse über die Stimmung und Meinung der Bevölkerung im Auslande. Immer sollte sich der Leser vergegenwärtigen, daß auch die Zitate aus gegnerischen oder neutralstaatlichen Zeitungen gewöhnlich nur die Auffassungen bestimmter Interessengruppen und Parteien, nicht die der gesamten Nation spiegeln. Hinzu kommt, daß, wenigstens im feindlichen Ausland, der Kriegszustand genau so wie bei uns manches gar nicht, vieles nicht ganz so sagen läßt, wie es gemeint ist. Endlich aber noch eins: der Kriegszustand mit seinen weitgehenden Beschränkungen der Preßfreiheit, wie er bei uns herrscht, ist auch auf die Auswahl der in den deutschen Zeitungen wiedergegebenen Pressestimmen nicht ohne Einfluß. Gewisse Auslassungen des Auslandes wiederzugeben, wird mitunter heute nicht möglich sein. Die Zeitungsauszüge aber, die durch die Korrespondenten der großen Blätter gedrahtet und durch das Wolffsche Telegraphenbureau der großen Masse der Zeitungen zugänglich gemacht und zum Abdruck nahegelegt werden, sind natürlich unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, den Lesern an besonders auffälligen Beispielen zu zeigen, was man aus diesem oder jenem Grunde, im Interesse einer bestimmten Politik, eines bestimmten Eindrucks wegen, gerne erweisen möchte. Es wird für den Leser in den meisten Fällen natürlich sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein, zu erkennen, wie weit ein Zeitungszitat, das er in seinem Blatte findet, etwas für weite Kreise des betreffenden Landes wirklich Charakteristisches gibt. Aber wichtiger ist auch, daß er — in Einsicht der Schwierigkeit solcher Erkenntnis — nicht aus einzelnen herausgerissenen Sätzen viel zu weitgehende Schlußfolgerungen zieht. Die so oft zitierten Extravaganzen des in keiner Partei, keiner breiten Interessengemeinschaft wurzelnden Gustave Hervé können beispielsweise nicht als Spiegelbild der Stimmung der französischen Arbeiter gelten, noch auch als Spiegelbild der Stimmung des französischen Bürgertums in seiner Gesamtheit; wenn wir von der Kritik irgend eines englischen Blattes — oder auch Parlamentariers — an der englischen Heeresleitung lesen, so bedeutet das noch keineswegs, daß alle Engländer mit ihren Heerführern unzufrieden sind; und wenn irgend ein neutrales Blatt in diesem oder jenem Falle unsere Politik lobt, so dürfen wir uns deshalb noch nicht gleich der Täuschung hingeben, daß in dem betreffenden Lande die Sympathien für Deutschland allgemein und dauernd wären.

Besonders nahe liegt es unseren Freunden, die als Kämpfer und Wächter jenseits der Grenzen stehen, in ihren schriftlichen oder mündlichen Berichten über Erlebnisse und Erfahrungen in der Fremde in bedenklicher Weise zu verallgemeinern. Irgend ein vereinzelter Eindruck, eine einzelne Beobachtung wird zur Grundlage eines umfassenden Urteils gemacht. Nicht selten kommt dann noch hinzu, daß jene Beobachtung nicht einmal richtig war oder daß dem Erlebten und Erschauten wenigstens falsche Motive untergelegt werden. Das ist ja um so eher möglich, als die äußeren Umstände, z. B. der Mangel an Verständigungsmöglichkeit, oft auch eine gewisse Voreingenommenheit die Exaktheit der Beobachtung sehr leicht trüben können.

Wer ein paar Nester im okkupierten französischen Gebiet gesehen hat, kennt deshalb noch lange nicht Frankreich, von dem der Krieg ja noch nicht einmal den siebenten Teil in unsere Hände gebracht hat; Gegend, Sitten, Trachten — unendlich viel ist im Süden Frankreichs anders als im Norden. Wer nur in ein paar verwahrlosten polnischen Dörfern war, aber nie nach Lodz und Warschau kam, muß sich hüten, kurzweg über die „polnische Wirtschaft" abzusprechen. Um über die Menschen und ihre Eigenschaften, ihren Fleiß, ihre Ehrlichkeit und vieles ander ein Urteil zu fällen, ist es nötig, auch immer die Sitten und Gewohnheiten des betreffenden Landes, seine wirtschaftlichen Voraussetzungen, sein Klima, seine Arbeitsmethoden, die Bedürfnisse seiner Bevölkerung und anderes mehr in Betracht zu ziehen. Der fränkische Bauersmann darf nicht einfach den französischen Landwirt für „dumm" erklären, weil er gewisse Einrichtungen seines Betriebes — die, auf fränkische Erde übertragen, allerdings recht töricht sein würden — nicht versteht. Auch soll keiner, der in Feindesland Beobachtungen macht, außer Betracht lassen, daß er sie im Kriege anstellt. Vielfach sind die vornehmen, denkenden Kreise der Bevölkerung aus dem besetzten Gebiete geflohen, oder sie halten sich doch gegenüber den deutschen Soldaten sehr zurück; um so stärker tritt die Aufdringlichkeit jener hervor, die wenig Ehrgefühl besitzen, und nur allzu leicht kommt der Fremde in Versuchung, die Bevölkerung nach dem Charakter von Dirnen und Schmieranten zu beurteilen. Manches, was verlottert ist, macht nur deshalb einen so schlechten Eindruck, weil der Krieg dem Besitzer die Arbeitskräfte oder die Mittel nahm, die nötigen Ausbesserungsvorrichtungen vorzunehmen, oder auch, weil er ihn zu dem Gedanken brachte: es hat ja keinen Zweck, in einer Zeit wie dieser, wo stets die Gefahr feindlicher Heimsuchung und Zerstörung besteht, etwas für Haus und Hof aufzuwenden. Die scheinbare Faulenzerei der männlichen Bewohner mancher belgischen und französischen Städte deutet nicht selten weniger auf ein Nationalübel der Bevölkerung als auf den Mangel an Arbeitsgelegenheit. Und wenn sich französische Arbeiter weigern, gewisse ihnen von den Deutschen gebotene Arbeitsgelegenheiten wahrzunehmen, so ist es auch noch nicht zulässig, daraus ganz allgemein den Schluß einer verachtenswürdigen Trägheit der Leute zu ziehen; denn bei einem Teil dieser Arbeitsverweigerer kann auch mitsprechen, daß ihnen ihr patriotisches Gefühl verbietet, im Dienst der Feinde ihres Landes an Arbeiten mitzuwirken, die — wenn auch nur mittelbar — die Bekämpfung der eigenen Landsleute unterstützen können.

Ueber die Verallgemeinerungen und Uebertreibungen in den Erzählungen von Feigheit, Grausamkeit und Gemeinheit der gegnerischen Truppen ist ja schon viel gesagt und geschrieben worden. Aber immer noch wird der Soldat, dem beispielsweise einmal ein Russe zunächst durch Handaufheben das Zeichen der Ergebung machte, um dann, als er herankam, im letzten Augenblick doch noch zum Gewehr zu greifen, geneigt sein, alle russischen Soldaten als hinterlistige Schurken zu brandmarken, und der Gedanke vollends, daß jener russische Soldat es mit seiner „Hände hoch" vielleicht ganz ehrlich meinte, in seiner Angst und Verwirrung, als er den Feind ganz nahe sah, sich aber doch nicht anders zu helfen wußte, als daß er noch einmal die Waffe in die Hand nahm —, dieser Gedanke, der dem psychologisch Geschulten nicht so sehr ferne liegen wird, bleibt meist ganz außer aller Erwägung.

Keiner braucht seine Erfahrungen und Eindrücke als wertlosen Ballast zu achten. Jeder soll das Recht haben, davon zu sprechen und das, was er schlecht, häßlich, gemein gefunden hat, auch so zu nennen und zu kritisieren. Nur soll keiner voreilig mit seinen Urteilen sein; jeder soll sich bemühen, seine Erfahrungen zu messen und zu wägen an dem, was andere, besonders auch, was wissenschaftliche Forschung, an Tatsachen und Erwägungen zutage fördern; und niemand soll aus einzelnen heraus sich immer gleich berechtigt glauben, das Ganze zu verdammen oder zu verhimmeln.

Wir sollten uns vielmehr alle ernstlich bemühen, verallgemeinernden und deshalb schiefen Urteilen über das Ausland entgegenzuwirken. Denn, von allem anderen abgesehen, ihre Verbreitung ist in der Regel nicht wenig geeignet, unser Verhältnis zu den Nachbarn, wenn erst der ersehnte Friede gekommen sein wird, noch lange ungünstig zu beeinflussen, nationalistischen Dünkel und unangebrachte Ueberhebung zu züchten und den Verkehr, die Verständigung zwischen den Gegnern von heute zu erschweren. Gerade die Arbeiterklasse aber hat alles Interesse daran, daß solche unnötigen Schranken zwischen den Völkern nicht aufgerichtet werden, wie sie auch von jeher ihren Stolz darin gesetzt hat, in ihrer Wissenschaft von den wirtschaftlichen Vorgängen und Einrichtungen wie den darin wirkenden Menschen stets klar, ohne Voreingenommenheit und ohne Gemeinplätze zu sprechen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Ereignisse in Rumänien nehmen ihren Lauf. Wie der gestrige amtliche deutsche Abendbericht meldet, ist die ganze Alt-Linie nunmehr in deutschem Besitz. Das bedeutet, daß der ganze Westteil der Walachei den Rumänen abgenommen worden ist. Was sich hier noch an feindlichen Streitkräften halten mag, ist in der Falle. Die Einnahme dieses Teiles Rumäniens ist insofern von großem Nutzen, als uns dadurch wesentlich bessere Verbindungen über Orsova und die Donau zur Verfügung stehen. Um das Vordringen des Feindes auf Bukarest von Nordwesten her zu erschweren, zerstörten die Rumänen die Bahnlinie Pitesci—Bukarest.

Teile der deutschen Seestreitkräfte haben abermals einen neuen Streifzug bis dicht vor die englische Küste unternommen, ohne auf die englische Flotte zu stoßen. Der Marinemitarbeiter der „Times" erklärt von neuem, daß die englische Marine auf solche Streifzüge durch Angriffe auf die deutschen Stützpunkte antworten müsse. Die „Daily Mail" bringt einen scharfen Leitartikel, in dem sie die Leser an Balfours Versprechen in der Gildenhalle erinnert und an seinen Brief an die Bürgermeister der Ostküste, demzufolge neue Streifzüge nur eine Katastrophe für den Feind werden können. Jetzt aber hätten diese Streifzüge sich zu einer Katastrophe für Balfours Ruhm ausgebildet.

Nach Stockholmer Nachrichten hat unser Genosse Tscheidse in der russischen Duma einen sofortigen Friedensschluß verlangt. Im ganzen Lande herrsche nur noch eine Stimme, die Frieden verlange. Man verzichte auf Lemberg, man sei uninteressiert an Rumänien. Nur eine immer korruptionshungrige Beamtenkaste suche Neuland für die in der ganzen Welt berüchtigte Tschinownik-Kultur. An der Front sei es zu skandalösen Vorkommnissen gekommen. Brave Soldaten, die ihre Pflicht getan haben und mehr denn sechs Tage ununterbrochen im schwersten Artilleriefeuer gelegen, dann acht- bis zehnfache Sturmangriffe fast ununterbrochen hintereinander unternommen haben, weigerten sich aus verständlichen Gründen, den wahnsinnig gewordenen Befehlshabern weiter zu gehorchen und sich vollkommen nutzlos opfern zu lassen. Sie wurden in brutalster Weise durch die eigenen Maschinengewehre, durch die eigene Artillerie zu einem blutigen Klumpen zusammengeschossen. Die Regierung arbeitet an der Front in der intensivsten Weise für die große Revolution vor. Dem Redner wurde darauf das Wort entzogen.

Am letzten Sonnabend hielt die Liga zur Erzwingung des Friedens in Neuyork eine große Versammlung unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten Taaft ab. Weitere Versammlungen sollen in allen Städten der Vereinigten Staaten folgen. Man betont nachdrücklich, daß das Ziel der Liga nicht sei, dem jetzigen Krieg ein Ende zu bereiten, obgleich der bekannte Bankier Jakob Schiff als Hauptredner ausführte, daß es jetzt schon an der Zeit sei, in diesem Sinne vorzugehen. Es wurde eine Botschaft des deutschen Gesandten Grafen Bernstorff verlesen, in der der Botschafter zu erkennen gab, daß Deutschland jederzeit bereit sei, der Liga beizutreten, um Friedensstörer im Zaum zu halten. Lord Grey drahtete: „Fast jedermann unterstützt hierzulande das Ziel der Liga, aber nach allgemeiner Ansicht ist es zwecklos, vor Beendigung des Krieges zugunsten des Friedens zu unterhandeln. Eine derartige Handlungsweise würde unter den Alliierten, ohne deren Unterstützung niemals das Ziel der Liga erreicht werden könnte, Mißstimmung erregen."

Will die Liga wirklich ihrem Namen Ehre machen, dann muß sie trotz der Redensarten Greys versuchen, dem jetzigen Kriege baldmöglichst ein Ende zu bereiten.

Der Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung" telegraphiert aus Washington: Viel erörtert wird eine Rede, die Botschafter Gerard auf einem Essen gehalten hat; er sagte: Ihr herzliches Willkommen hat mich stark gemacht, jetzt, wo ich nach Deutschland zurückkehre, nicht nur für die politischen, sondern auch für die wirtschaftlichen Rechte Amerikas einzutreten. Die Neuyorker Jahreskonferenz der Liga zur Erzwingung des Friedens wird begleitet sein von der Verlesung der Rede des Reichskanzlers, die man sich im Wortlaut von Berlin hat kommen lassen. Man hört die Meinung, die Rede werde die Grundlage für die Friedenserörterungen abgeben.

Die Kriegslage.

WTB. Berlin, 27. November, abends. (Amtlich.)

Im Westen und Osten nichts Besonderes.

In Rumänien ist die ganze Alt-Linie in unserer Hand.

In der Monastir-Ebene und in den Bergen im Cernabogen schwere Niederlage der Entente durch das Scheitern eines großen Angriffs bei Tarnova (nordwestlich Monastir) bis Makovo.

*

Wien, 27. November. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Der bei Turnu Severin geschlagene Feind ist in südöstlicher Richtung im Rückzuge und wird von österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen verfolgt. Unsere Beute aus diesen Kämpfen beträgt 28 Offiziere, 1200 Mann an Gefangenen, 3 Geschütze, 27 gefüllte Munitionswagen und 800 beladene Fuhrwerke. Auch in den Donauhäfen fiel reiche Beute in unsere Hände. Oestlich des unteren Alt ist der Vedea-Abschnitt nördlich und südlich von Alexandria erreicht. Am oberen Alt wurde der Feind hinter den Topologu-Abschnitt geworfen. Oestlich Tigveni wurde die feindliche Stellung durchbrochen, wobei der Feind 10 Offiziere, 400 Mann an Gefangenen und 7 Maschinengewehre einbüßte. Ein russischer Angriff mehrerer Bataillone nördlich des Negrisora-Tales gegen unsere Truppen blieb erfolgos. Feindliche Erkundungsabteilungen im Ludowa-Gebiet wurden abgewiesen.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Lage ist unverändert.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse.

Gegen Frankreich und Belgien.

Zurückführung Lille Einwohner.

Die deutsch-feindliche Presse regte sich seinerzeit über die Verpflanzung der Bevölkerung von Lille und anderen französischen Ortschaften aufs Land auf. Es dürfte an der Zeit sein, festzustellen, daß in Gemäßheit der seinerzeit den Verpflanzten gegebenen Zusage bisher zurücktransportiert worden sind: 1. bis zum 1. August 1916 1993 Personen, die entweder arbeitsunfähig waren oder denen gegenüber die Entfernung von dem Heimatsort und den Angehörigen eine besondere Härte bedeutete. 2. Von Anfang Oktober bis Mitte November 6671 Personen, darunter fast sämtliche weibliche Abschüblinge, deren Arbeitsleistung nicht mehr benötigt wird. Die zuständigen militärischen Stellen erhielten ferner den Befehl, in fortlaufendem, möglichst jede Woche stattfindendem Transporte der übrigen Verpflanzten, je nachdem ihre Arbeitskraft entbehrlich wird, so zurückzuführen, daß Ende des Jahres sämtliche Personen, sofern sie nicht selbst den Wunsch haben, zu bleiben, in ihre Heimatsorte zurückgekehrt sind. Da anzunehmen ist, daß die französische Regierung die Behauptung aufstellen wird, daß diese Maßnahme infolge ihres Protestes und der Vorstellung neutraler Regierungen erfolgt, wird ausdrücklich bemerkt, daß die ganz unbegründeten Proteste und Vorstellungen in keinerlei Weise das Verhalten der deutschen Militärbehörden beeinträchtigen, sondern daß die Zurückführung lediglich entsprechend der seinerzeit gegebenen Zusagen erfolgt.

Gegen Rußland.

Russische Fälschungen.

WTB. Großes Hauptquartier, 27. November. (Amtlich.) Durch russische Zeitungen wird die Meldung verbreitet, daß die Russen an der Südwestfront in der Gegend von Sarny einen Zeppelin abgeschossen, dabei die Besatzung von 26 Mann gefangen genommen, etwa 300 Kilo Bomben, zwei Geschütze und zwei Maschinengewehre erbeutet haben. Diese Meldung ist erfunden.

Aus nach Stockholm gelangten russischen Zeitungen ergibt sich, daß die Petersburger Telegraphenagentur bei der Weitergabe der letzten Reichskanzlerrede das Datum des russischen Mobilisationsbefehls aus dem Jahre 1912, in welchem gesagt war, daß die Mobilisation zugleich den Krieg gegen Deutschland bedeute, in 1914 gefälscht hat.

Der Balkankrieg.

Die russisch-rumänischen Heeresberichte

sind in bezug auf die Erfolge der Deutschen und ihrer Verbündeten in Rumänien ziemlich wortkarg. Die Rumänen melden: Nord- und Nordwestfront: An der Weißgrenze der Moldau griff der Feind in der Gegend am Oitus an, aber er wurde abgewiesen. Im Buzeu-Tale keine Veränderung. Bei Brutoreu und Predelus Geschützfeuer. Beiderseits des Prahova-Tales Geschützfeuer und kleine Infanteriegefechte. In der Gegend von Dragoslavle wurden Angriffe nach Artillerievorbereitung abgewiesen. Westfront: Ein feindlicher Angriff gegen Curtea de Arges wurde abgewiesen. Unsere Truppen, die das linke Alt-Ufer bis südlich Slatina besetzt hatten, wurden von feindlicher Artillerie stark beschossen. Weiter südlich kämpfen die Truppen erfolgreich gegen eine feindliche Heeressäule, welche auf Rosiori vorging. Die feindlichen Truppen, welche die Donau überschritten, drangen bis südlich von Bahnhof Solnu vor. Südfront: Geschütz- und Gewehrfeuer längs der ganzen Donau. Dobrudscha: Unsere Artillerie beschießt die feindlichen Stellungen.

Etwas offener sind die Russen: aus ihrem Bericht erkennt man wenigstens, daß die Rumänen sich an verschiedenen Stellen zurückziehen mußten. Ihr Bericht lautet:

Rumänische Front: 1. Siebenbürgen: Der Feind griff im Tal des Alt-Flusses energisch an und drängte die rumänischen Truppen ein wenig in südlicher Richtung, von Kalimanesti nach Molderesti, zurück. Der Feind ergriff ebenfalls die Offensive in der Gegend von Craiova und zwang die Rumänen, sich jenseits des Olt-Flusses zurückzuziehen. Bei Zimnicea gingen deutsche Truppen auf das linke Donau-Ufer hinüber. 2. Donaufront: In der Dobrudscha hielten wir durch unser Feuer die Versuche des Gegners an, unsere Vorposten anzugreifen.

*

Bulgarischer Hauptquartiersbericht.

Mazedonische Front: Ein italienisches Bataillon versuchte in der Nähe des Dorfes Tarnova anzugreifen, es wurde aber durch Feuer zurückgeschlagen. Nach Artillerievorbereitung machte der Gegner einen Angriffsversuch auf die Höhe 1050 östlich vom Dorfe Paralovo, aber erfolglos. Der Feind verschanzte sich vor unseren Stellungen.

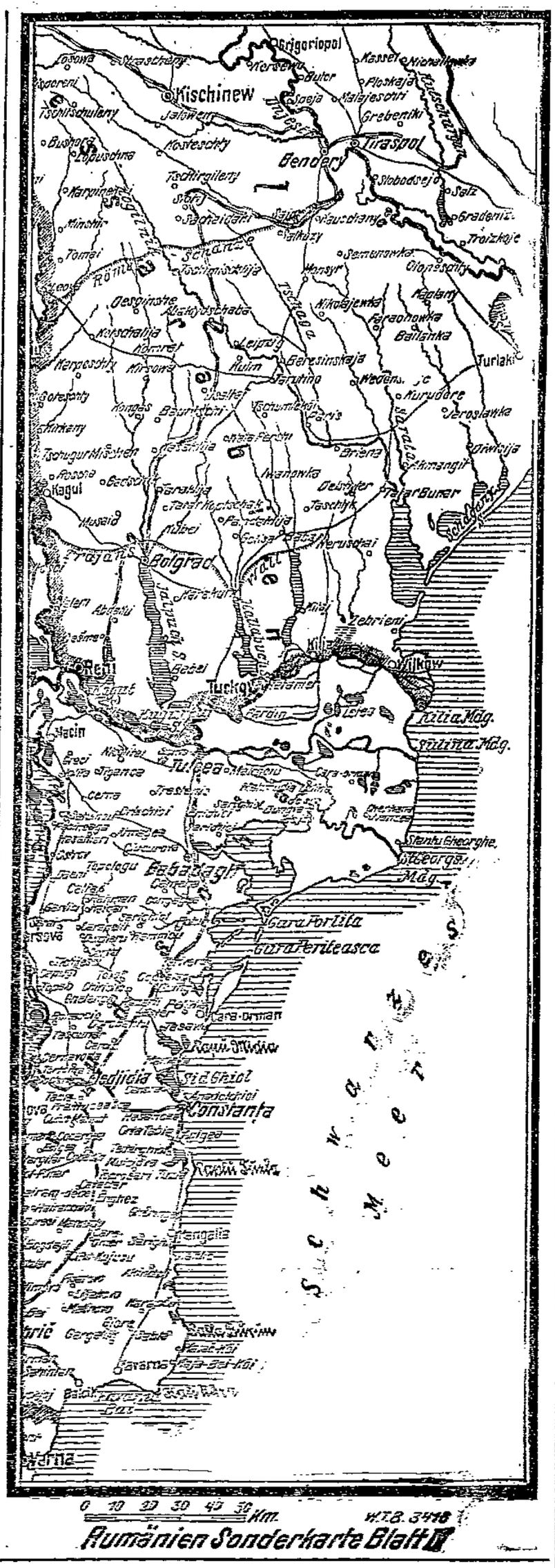
Unsere Abteilungen überschritten in Gemeinschaft mit den deutschen Truppen als erste die Donau bei Svistov und nahmen nach Kampf die Stadt Zimnicea, wo wir eine große Menge Getreide fanden. Bei Smovit überschritten deutsche Truppen die Donau und besetzten Izlazu sowie Necodica. Bei Turnu Severin überschritt ein Teil unserer Truppen das rechte Ufer der Donau, besetzte den Fluß und nahm an der Einnahme der Stadt teil. Unsere Artillerie auf dem rechten Ufer zerstreute feindliche Kolonnen, die in der Nähe von Turnu Severin operierten.

*

Die Knebelung Griechenlands.

Pariser Telegramme aus Athen besagen, daß die Alliierten jetzt nur noch Venizelos als den alleinigen Herrscher Griechenlands betrachten. Man habe geglaubt, daß mit der Entfernung der Gegner der Alliierten die ententefeindliche Propaganda aufhört und König Konstantin sich ins Unvermeidliche fügen wird; man habe sich aber hierin getäuscht. Jetzt seien die Alliierten entschlossen, nicht die geringste Rücksicht mehr auf den König zu nehmen und nur die eigenen Ziele zu verfolgen.

Das Blatt „Weekly Despatch" schreibt: Wenn die griechische Regierung dem Ultimatum der Entente nicht Folge leistet, wird Admiral Fournet nötigenfalls Athen besetzen. Die kampflustige Militärpartei weigert sich durchaus, das Kriegsmaterial auszuliefern. Man hat Artillerie auf dem Berge Admetos hinter dem Bahnhof beobachtet. Unter den 10 000 Reservisten wurden Waffen verteilt. Jeden Abend melden sich neue Reservisten in den Kasernen. Die Feuerwehr, die angeblich ausfuhr, um Brände zu löschen, verteilt tatsächlich Waffen. General Papulos (?), der vor kurzem wegen seines antivenizelistischen Vorgehens aus Janina zurückberufen wurde, gründete eine Liga zur Abwehr der Ententeübergriffe; viele Offiziere haben sich ihm angeschlossen. Die Reservisten beschlossen, sich aus dem Bereich der Wirkung der Artillerie der Kriegsschiffe zurückzuziehen ins Innere um dort den Kleinkrieg zu führen.



Der Seekrieg.

Neuer Vorstoß an die englische Küste.

WTB. Berlin, 27. November. (Amtlich.)

Teile unserer Seestreitkräfte unternahmen in der Nacht vom 26. zum 27. November erneut einen Streifzug bis dicht vor die englische Küste. Unweit Lowestoft wurde ein feindliches Bewachungsfahrzeug versenkt, die Besatzung gefangen genommen. Einige neutrale Dampfer wurden angehalten und untersucht, und, da sie keine Bannware führten, wieder freigelassen.

Unsere Streitkräfte kehrten zurück, ohne irgendwie sonst mit dem Feinde Berührung zu finden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Versenkt.

wurden ferner: 2 englische und 1 dänischer Dampfer; letzterer im britischen Kanal.

Angebracht wurde der holländische Dampfer „Pehr D." nach Surhaven.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Nutznießer des Weltkrieges.

„Nationaltidende" meldet aus Christiania: Die norwegischen Schiffahrtsgesellschaften gaben im Jahre 1915 durchschnittlich eine Dividende von 43 Prozent, die Walfischfang-Gesellschaften von 35,5 Prozent, Banken von 7,5 Prozent und Industrieunternehmungen bis 13 Prozent. Nach den Angaben der Steuerbehörden stiegen im Jahre 1915 die Vermögen in Norwegen um 554 Millionen, die Einnahmen um 225 Millionen Kronen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Anfragen im Reichstage.

Abgeordneter Ulrich stellt die Anfrage: Ist den Lederfabriken sind die Ziegen-, Schaf- und Kalbfelle beschlagnahmt worden. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die dadurch für die Portefeuille-Industrie drohenden Gefahren möglichst auszugleichen?

Abgeordneter Bassermann fragt: Der deutsche Gesandte in Athen ist durch den französischen Admiral Fournet mit Gewalt oder Drohung mit Gewalt wider das Völkerrecht aus Athen, der Hauptstadt des neutralen Griechenlands, entfernt worden. Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, über diese Vorgänge nähere Mitteilungen zu machen und Auskunft über die Haltung der griechischen Regierung zu geben?

Amtliches Wahlresultat.

Bei der am 23. November erfolgten Reichstags-Ersatzwahl für den Kreis 11 (Oschatz-Grimma) wurden im ganzen abgegeben von 18 722 Wahlberechtigten 14 306 Stimmen, davon fielen auf Fabrikbesitzer Dr. Wildgrube-Dresden (kons.) 7980, auf Buchhändler Lipinski-Leipzig (soz.) 6322 Stimmen; zersplittert 4 Stimmen. Wildgrube ist damit gewählt.

Zur Nachwahl in Köln.

Die „Kölnische Volkszeitung", das führende rheinische Zentrumsblatt, teilt mit, der geschäftsführende Ausschuß der Kölner Zentrumspartei habe in sehr stark besuchter Sitzung einstimmig beschlossen, mit Rücksicht auf die augenblicklichen, durch den Weltkrieg bedingten innerpolitischen Verhältnisse und in ehrlicher Beobachtung des Burgfriedens bei der Kölner Reichstagsersatzwahl auf die Aufstellung eines Kandidaten zu verzichten, falls der künftige Vertreter der Stadt Köln den Anforderungen der Kriegsnotwendigkeiten, soweit sie an den Reichstag herantreten, in vollem Umfange gerecht wird, besonders alle Kriegskreditforderungen der Reichsregierung positiv bewilligt. Falls die Sozialdemokratie einen Kandidaten aufstellt, welcher diese Forderungen nicht erfüllt, würde das Zentrum aus vaterländischen Erwägungen heraus bei der Wahl selbständig vorgehen und mit allem Nachdruck für einen eigenen Kandidaten eintreten.

Eine Parteiversammlung in Köln stellte am Sonntag den Genossen Meerfeld, Redakteur der „Rheinischen Ztg.", als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl auf. Meerfeld erhielt 242 Stimmen. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hatte den Genossen Breitscheid empfohlen, der bei der Abstimmung 71 Stimmen auf sich vereinigte.

Widerspruchsvolle Erklärungen Herrn v. Batockis.

Nach dem offiziellen Bericht der vertraulichen Verhandlungen der verstärkten Staatshaushaltskommission des preußischen Abgeordnetenhauses über die Ernährungsfragen erklärte der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr v. Batocki: „daß er zum Frühjahr an eine Herabsetzung der Mastviehpreise herangehen werde, früher könne er eine solche mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse jedenfalls nicht verantworten." Nun aber teilt der Westpreußische Viehhandelsverband mit, daß Präsident von Batocki dem Preußischen Landesfleischamte die Zusicherung gegeben habe, bis zum 1. Juli 1917 keine Herabsetzung der Höchstpreise für Schlachtrinder vornehmen zu lassen. Und an dieser Zusage werde nicht gerüttelt werden.

Wie sind diese beiden Erklärungen des Präsidenten von Batocki miteinander in Einklang zu bringen?

Der Deutsche Städtetag gegen den Kohlenwucher.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages wendet sich in einer Eingabe an das preußische Handelsministerium gegen die anscheinend sehr rührig betriebenen Versuche, die Kohlenpreise abermals zu erhöhen. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Notwendigkeit einer Erhöhung der Kohlenpreise solange nicht für dargelegt erachtet werden könne, als das Kohlensyndikat Vergütungen an die Zechen gewährt, während vor dem Kriege die Zechen umgekehrt eine Umlage an das Syndikat gezahlt haben. Wenn weiter vom Kohlenbergbau die glänzende Lage der Eisenindustrie betont worden ist, so antwortet der Deutsche Städtetag darauf, daß die glänzende Lage eines Kunden überhaupt keine wirtschaftliche Rechtfertigung für die Erhöhung der Preise sei, besonders aber nicht gegenüber solchen Kunden, die sich nicht in glänzender Lage befinden. Das letztere aber treffe für die weitaus größte Zahl der Verbraucher von Heizungskohle, der Abnehmer von Gas usw. zu.

Staatlicher Zwang in der Landwirtschaft.

Ist durch staatlichen Zwang eine wesentliche Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu erreichen? Diese Frage ist von vielen verneint worden. Wir werden demgegenüber gebeten, darauf hinzuweisen, daß auch in der Landwirtschaft durch Zwang schon sehr viel erreicht worden ist. Man braucht nur an die Wegeverbesserungen, Gräben- und Flußregulierungen, an die Tätigkeit der Deichverbände, an die Bildung von Feuerwehren, Wassergenossenschaften, an die Körordnung und andere auf Zwang beruhende segensreich wirkende Einrichtungen zu denken. Arbeitsgemeinschaften würden zweifellos heute ungemein erfolgreich wirken können, wenn sie überall errichtet, die Erzeugung überwachen und im Notfall selbst in die Hand nehmen würden. Ohne Zwang dürfte es aber kaum gehen. Tüchtige Personen zur Leitung solcher kommunalen Arbeitsgemeinschaften gibt es noch genug. Man sollte schnell einen Versuch machen, dann würde man sehr bald zu der Einsicht kommen, daß, was in Polen, Belgien und Nordfrankreich mit Hilfe des Militärs möglich war, hier hinter der Front in der gesicherten Heimat nicht unmöglich ist.

Das Mißtrauen der Schwerindustrie.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" äußert sich hocherfreut zu dem Zivildienstgesetz, aber sie traut der Regierung nicht. Das Organ der Schwerindustrie sagt nämlich:

„Vor allem aber erscheint es uns dringend notwendig, daß der Reichstag sich bei der Handhabung des Gesetzes nicht ausschalten läßt. § 3 des Gesetzentwurfs lautet: „Der Bundesrat erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen." Das ist einer der berühmten Kautschukparagraphen, gegen die man später einfach machtlos ist. Wir meinen, da das deutsche Volk durch dieses Gesetz in einer bisher nicht gekannten Weise herangezogen wird und das Privatleben eines jeden einzelnen Mannes dadurch aufs stärkste berührt wird, so muß der Reichstag Sicherungen treffen, die, soweit das möglich ist, die Interessen des Privatmannes schonen. Wir sind in der eigenartigen Zwangslage, ganz entschieden für eine Erweiterung

der Parlamentsrechte in diesem Falle eintreten zu müssen, und es erscheint uns als erste Bedingung, daß etwa der in Permanenz tagende Haushaltsausschuß die Ausführung dieses Gesetzes ständig überwacht und ein Einspruchsrecht für alle Fälle behält."

Weitere Einschränkung des Eisenbahnverkehrs.

Dem „Deutschen Kurier" zufolge sind Maßnahmen zu erwarten, die bezwecken, das Reisen auf der Bahn nur auf dringliche Geschäftszwecke zu beschränken. Es steht in diesem Sinne eine bedeutende Einschränkung des Schnellzugverkehrs für Personenbeförderung zu erwarten, sowie eine Vereinfachung der Wagenklassenabteilung. Durch diese Einschränkung hofft man das freiwerdende Eisenbahnmaterial für die Zwecke des Heeres und der Munitionsbeförderung nutzbar zu machen.

Die deutsche Ernte des Jahres 1916.

Ueber die Ernte des Jahres 1915 werden vom Statistischen Amt erst jetzt endgültige Zahlen veröffentlicht. Danach war das Ernteergebnis des genannten Jahres gegen das Vorjahr durchweg ganz erheblich geringer. Nur an Kartoffeln wurden 8,6 Millionen, an Spelz 8000 Tonnen mehr geerntet. Ueber das Jahr 1916 liegen noch keine amtlichen Zahlen vor. Im Zentralorgan der deutsch-konservativen Partei, die der Landwirtschaft bekanntlich nahesteht, wird aber mitgeteilt, daß man in diesem Jahr mit einem Mehrertrag von 1½ Millionen Tonnen Brotgetreide und von 3½ Millionen Tonnen Hafer und Gerste rechnen könne. Auch haben wir in diesem Jahre eine etwa um die Hälfte höhere Rauhfutterernte, während die Kartoffelernte nach den bisherigen Schätzungen leider bedeutend zurückbleibt und große Schwierigkeiten verursachen wird.

Fett im Ueberfluß?

Veranlaßt durch den Aufruf Hindenburgs haben eine Anzahl Landräte ländlicher Kreise Schmalz- und Fettsammlungen in die Wege geleitet, namentlich die Selbstversorger ihres Kreises aufgefordert, bei Hausschlachtungen ein gewisses Quantum Schmalz zugunsten der Schwerarbeiter in der Kriegsindustrie abzutreten. Dabei muß es auffallen, wenn z. B. der Landrat des Kreises Schlawe in seinem Aufruf sagt: „Viele Familien bei uns haben unter der Butterknappheit nicht zu leiden, da ihnen aus Hausschlachtungen und aus der Schlachtung von Gänsen andere Fette als Ersatz zur Verfügung stehen. Sie können ihren Butterverbrauch leicht auch unter die zugelassene Verbrauchsmenge einschränken.

Aehnlich wurde auch jüngst in der „Deutschen Tageszeitung" zugestanden, daß die Ernährung auf dem platten Lande gegenüber der städtischen noch sehr reichlich sei; allerdings wurde dies damit begründet, daß der Landarbeiter weniger auf Barlohn als zunächst auf gute Verpflegung sähe, die er bei seiner angestrengten körperlichen Tätigkeit auch brauche. Letzteres wollen wir nicht bestreiten, aber der Munitionsarbeiter oder Bergmann kann für sich genau die gleiche Begründung geltend machen. Und wenn die „Deutsche Tageszeitung" als weitere Entschuldigung der Landwirte anführt, daß von ihrem Ueberfluß gar vieles in die Städte an Verwandte usw. wandere, so können wir dies ganz und gar nicht gelten lassen. Denn gerade solche privaten Bevorzugungen von Personen, die es teilweise am wenigsten nötig hätten, bessere Beköstigung zu genießen, durchkreuzen die gerechte Verteilung der vorhandenen Vorräte auf das allerschwerste.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 28. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südwestlich von Dünaburg verstärkte sich zeitweilig das Feuer der russischen Artillerie. Sonst zwischen Meer und Dnjestr keine besonderen Ereignisse.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

An der siebenbürgischen Ostfront stellenweise lebhafteres Feuer. Russische Aufklärungsabteilungen wurden mehrfach abgewiesen.

Der Alt ist überschritten. Die weiteren Operationen sind eingeleitet und mit gutem Kampferfolg für uns aufgenommen. Curtea de Arges ist in unserem Besitz.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Dobrudscha geringe Gefechtstätigkeit. Die Donau-Armee hat Gelände gewonnen. Giurgiu ist gestern genommen worden.

Mazedonische Front.

Heftiges Feuer zwischen Prespa-See und Cerna leitete starke Angriffe ein, die zwischen Trova (nordwestlich von Monastir) und Makovo (am Cernabogen) südwestlich von Gruniste durch Russen, Italiener, Franzosen und Serben gegen die deutsch-bulgarischen Linien geführt wurden.

Der große gemeinsame Angriff der Ententetruppen ist blutig gescheitert. Unter der vernichtenden Wirkung unseres Artillerie- und Infanteriefeuers hat der Feind schwere blutige Verluste erlitten, ohne den geringsten Erfolg zu erzielen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 28. November.

Zur Volkszählung.

Am 1. Dezember soll auf Anordnung des Bundesrats eine Volkszählung im ganzen Deutschen Reiche vorgenommen werden. Sie ist eine „Kriegsvolkszählung" und grundverschieden von der Friedensvolkszählung. Während letztere die Bevölkerung an ihrem Wohnsitze erfassen will und daher in die Winterzeit verlegt ist, in der die Menschen fast ohne Ausnahme sich in ihren eigenen vier Pfählen aufzuhalten pflegen, ist die gegenwärtige Zählung nur eine Teilzählung. Viele werden sich erstaunt gefragt haben, warum man jetzt in der Kriegszeit, wo Millionen, ja mehr als die Hälfte der männlichen erwachsenen Bevölkerung im Felde steht, ein solches Friedenswerk, wie es eine Volkszählung ist, unternimmt. Den Anlaß dazu bot zunächst die überraschende Tatsache, daß im Deutschen Reiche für 4 Millionen Menschen mehr Brotmarken ausgegeben werden, als nach der statistischen Fortschreibung Einwohner vorhanden sein können. Die Zählung wird also ergeben, inwieweit die Kommunalverbände die Bevölkerungszahl überschätzt haben oder ob Mängel des polizeilichen Meldewesens Schuld an der ungleichmäßigen Verteilung der Brotmengen sind. Jedenfalls wird durch die Zählung eine gerechtere Verteilung der Brotmenge gewährleistet und jeder hat daher an der gewissenhaften Zählung der Bevölkerung ein eigenes Interesse. Diese an sich einfache Zählung, die mit wenig Kosten hätte ausgeführt werden können, ist aber auf Veranlassung des Preußischen Kriegsministeriums zu einer Zählung der Berufs- und Militärverhältnisse der Heimgebliebenen ausgestaltet worden. Sie hat den Zweck, Unterlagen zur Durchführung des Hilfsdienstpflichtgesetzes zu schaffen.

Die Zählung stellt sowohl an die Bevölkerung als an die ehrenamtlich tätigen Zähler und die ausführenden Behörden die höchsten Anforderungen an Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt. Besonders der weibliche Teil der Bevölkerung sei darauf hingewiesen, daß sie den jetzt, wenn auch nur vorübergehend, ausgeübten Beruf nicht verschweigen darf. Eintragungen wie „Kriegerfrau" und „Kriegerwitwe" sind nur zulässig, wenn die betreffenden Frauen keinerlei Berufstätigkeit ausüben. Zu beantworten sind die üblichen Fragen nach Namen, Vornamen, Stellung im Haushalt, Geburtstag und Familienstand. Diesmal wünscht man auch die Angehörigkeit zu einem bestimmten Bundesstaate zu wissen. Die Antworten auf diese Frage bedürfen sorgfältiger Nachprüfung durch die Zähler. Außerdem ist für alle Personen der am 31. Juli 1914, also vor dem Kriege, und der jetzt ausgeübte Beruf anzugeben, ferner für alle männlichen Personen im Alter von über 17 Jahren das gegenwärtige Militärverhältnis; maßgebend für letzteres sind die Militärpapiere. Kriegsbeschädigte haben außerdem anzugeben, ob sie Militärpension oder Militärrente aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges erhalten. Kriegsgefangene sind als solche zu bezeichnen.

Nach der Bekanntmachung des Statistischen Amts sind alle in der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember im Lübeckischen Staate ständig oder vorüberzehend anwesenden Personen in die Haushaltunglsisten einzutragen. Diese Listen werden in den Tagen vom 28. bis 30. November durch die Zähler verteilt und sind am Freitag, dem 1. Dezember bis mittags 12 Uhr von den Haushaltungsvorständen auszufüllen. Die Wiedereinsammlung der Listen beginnt am 1. Dezember nach 12 Uhr mittags. Im Interesse der glatten Abwickelung des Zählgeschäftes ist es, wenn die Haushaltungsvorstände die Listen ausgefüllt bereit halten.

Mit der Volkszählung ist eine Viehzählung verbunden, deren Fragen auf der vierten Seite der Haushaltungsliste zu beantworten sind.

Schließlich sei darauf aufmerksam gemacht, daß, wer sich weigert, die auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers vorgeschriebenen Eintragungen in die Haushaltungsliste zu machen oder wer wissentlich wahrheitswidrige Angaben macht, mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft wird.

Beschlagnahme eingeführter Fisch-Zubereitungen. Gemäß der Bekanntmachung vom 30. September 1916 sind alle nach dem 7. Oktober 1916 aus dem Auslande eingeführten zubereiteten Fische und Zubereitungen von Fischen an die Zentral-Einkaufsgesellschaft abzuliefern. Die bis zum Ablauf des 7. Oktober gekauften und die bis zum Ablauf des 11. Oktober angemeldeten Waren wurden von der Zentral-Einkaufsgesellschaft zur Einfuhr bis zum 18. Oktober freigegeben und diese Frist wurde, um dem Handel entgegenzukommen, bis zum Ablauf des 30. November ausgedehnt. Da täglich bei der Zentral-Einkaufsgesellschaft Anträge auf weitere Ausdehnung der beschlagnahmefreien Einfuhr einlaufen, wird bekannt gegeben, daß eine Verlängerung dieser Frist über den 30. November hinaus in keinem Falle bewilligt werden kann. Es unterliegen mithin alle nach dem 30. November aus dem Auslande eingeführten zubereiteten Fische und Zubereitungen von Fischen ohne jegliche Ausnahme der Beschlagnahme durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft. Es können keinerlei Ausnahmen zugestanden werden, auch nicht für Nebenartikel.

Eine Mahnung, die Beachtung verdient, und nicht nur in Frankfurt a. M., erläßt der Magistrat dieser Stadt. Darin heißt es u. a.: „Die schwierigen Zeitverhältnisse geben Veranlassung, den Beamten und Angestellten erneut eine freundliche und zuvorkommende Behandlung des die Dienststellen der Stadtverwaltung in Anspruch nehmenden Publikums zur Pflicht machen. Wenn wir auch gern anerkennen, daß vielfach in Fällen, die zu Beschwerden führen, die Schuld beim Publikum selbst liegt und daß die Arbeitslast, die durch die Kriegsverhältnisse den einzelnen auferlegt ist, große Anforderungen an ihre Arbeits- und Nervenkraft stellt, so müssen wir doch darauf bestehen, daß das die Dienststellen der städtischen Verwaltung aufsuchende Publikum höflich und zuvorkommend behandelt wird. Vor allem sind Bemerkungen zu vermeiden, die geeignet sind, das Publikum zu reizen oder in Unruhe zu bringen. Mit ganz besonderer Sorgfalt sind alle diejenigen Fälle, in denen Anfragen gestellt werden, zu behandeln, in denen es sich um kinderreiche Familien handelt. Es liegt im staatlichen wie im völkischen Interesse und somit auch im Interesse des städtischen Gemeinwesens, wenn von allen Seiten und bei jeder Gelegenheit die Anliegen kinderreicher Familien grundsätzlich mit besonderem Wohlwollen behandelt und, soweit es irgend angängig ist, berücksichtigt werden.

Eine weitere Einschränkung des Personen-Eisenbahnverkehrs soll vom 1. Dezember d. Js. ab erfolgen. Der Fernverkehr soll erheblich verringert werden. Notwendig wird die Einschränkung des Zivil-Eisenbahnverkehrs durch die starke Inanspruchnahme des rollenden Materials durch die Truppen. Auch soll möglichst gespart werden. Man will die Züge möglichst abkürzen, damit die Maschinen sich weniger abnutzen. Aus diesem Grunde sind auch bereits jetzt die Speise- und Schlafwagen fast gänzlich ausgeschaltet. In den Personenzügen mit kürzeren Strecken ist die erste Wagenklasse fast ganz entfernt. In den D-Zügen ist dies noch nicht möglich gewesen. Die 1. Klasse wird aber auch dort so weit wie möglich eingeschränkt.

Der Personenverkehr auf der Eisenbahn Lübeck-Schlutup wird mit dem 30. November bis auf weiteres gänzlich eingestellt.

Fahrplanänderungen auf der Lübeck-Travemünder Strecke. Vom 1. Dezember ab fahren nur noch vier Züge in der Richtung nach Travemünde. Die Abfahrtszeit ab Lübeck ist 5,40 und 8 Uhr morgens, 2 und 7,30 Uhr nachmittags. Die ersten drei Züge haben Anschluß nach Niendorf. Von Travemünde in Richtung Lübeck erfolgt die Abfahrt morgens 7,03 und 12,02, sowie nachmittags 4,45 und 8,57 Uhr. Der Bahnhof Travemünde-Strand wird vom 1. Dezember ab außer Betrieb gesetzt.

Lübeckisches Adreßbuch 1917. Einwohner- und Straßenverzeichnis liegt Dienstag und Mittwoch für jedermann zur Einsicht aus; bei den bedeutenden Veränderungen ist es nur jedermann dringend zu raten, sich von der richtigen Eintragung vor dem Drucke zu überzeugen, da die Schriftleitung jede Verantwortung für unrichtige Angaben ablehnen muß.

Der 7. Wagner-Vortrag, den Musikdirektor Carl Waack gestern abend in der Aula des Johanneums hielt, beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem zweiten Teil des Wotandramas „Der Ring des Nibelungen", der „Walküre": Während im „Rheingold" das Streben des aus den Träumen des Volkes geborenen Gottes nach dem Gold des Ringes gerichtet ist, um durch seinen Besitz maßlose Macht zu gewinnen, geht Wotans Wunsch in der „Walküre" dahin, den Reif den Rheintöchtern zurückzugeben und die Welt von dem Fluch Alberichs zu erlösen. Dazu schuf er sich Siegmund, aber dieser ist nicht der freie Held, der die erlösende Tat ausführen kann. Erst Siegfried ist dazu berufen. Der Vortragende brachte dann einzelne Szenen aus der „Walküre", sowie zahlreiche Motive aus dem kunstvollen Gewebe der Partitur zu Gehör. Frau Kraus-Sonderhof sang mit dramatischem Ausdruck die Parte der Fricka und fand dafür lebhaften Beifall. Zu Beginn seiner Ausführungen erörterte Herr Waack kurz die Ehe Wagners mit Cosima v. Bülow, der Tochter Franz Liszts. Beide seien für einander geschaffen gewesen und ihrer Verbindung sei es zu danken, wenn die Welt das „Ring"-Drama und den „Parsival" besitzt.

Das k. u. k. österreichisch-ungarische Konsulat bleibt am Donnerstag wegen der Trauerfeier für den verstorbenen Kaiser Franz Josef geschlossen.

Der Kampf ums Deutschtum in den baltischen Provinzen. Der Vortrag, den Herr Bruno Goetz aus Riga am Mittwoch, dem 29. November in der Aula des Johanneums über die deutsche Kultur in den baltischen Provinzen halten wird, hat in den verschiedensten Städten lebhaften Beifall gefunden. Besonderen Anteil erregten die Mitteilungen des Redners über die Besiedelungsfähigkeit der baltischen Länder. Eine Reihe guter Lichtbilder vervollständigen die Darlegungen des Vortragenden. Vorverkauf der Plätze, numeriert 2 Mk. und 1 Mk., unnumeriert 50 Pfg. bei Otto Borchert, Breite Straße 65. Der Reingewinn ist für deutsche Kriegsgefangene in Rußland bestimmt.

Weihnachtsmarkt. Anträge auf Anweisung von Verkaufsständen auf den diesjährigen Weihnachtsmarkt sind an den Werktagen vom 1. bis 15. Dezember ds. Js. in der Zeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags im Polizeibureau zu stellen.

pb. **Gefaßter Dieb.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter von hier, der in Schönböcken eine größere Geldsumme gestohlen hatte und damit flüchtig wurde. In Hamburg angekommen, beging er erneut einen Gelddiebstahl und verjubelte den größten Teil des Geldes. Als sich der Täter um Schiffsdienst bewarb, konnte er festgenommen und ihm ein geringer Teil des Diebesgutes abgenommen werden.

pb. **10 Gänse und 40 Hühner gestohlen.** In der Nacht zum Sonnabend, dem 25. ds. Mts. sind aus dem Stalle von zwei Besitzern in Teutendorf 10 Gänse und 40 Hühner gestohlen worden. Die Geschädigten sichern demjenigen, der den Täter so nachweist, daß seine gerichtliche Bestrafung erfolgen kann, eine Belohnung von 100 Mk. zu.

pb. **Entwendete Kaninchen.** Aus dem Stalle eines Maurerpoliers in der Augustenstraße sind in derselben Nacht ein belgisches, ein schwarz und weißes und ein schwarzes holländisches Kaninchen sowie ein blaues Wiener-Kaninchen gestohlen worden. — Ferner sind in derselben Nacht aus einem Stalle bei der Lohmühle fünf Kaninchen, nämlich zwei große graue belgische, zwei kleinere silbergraue und ein blaues Wiener-Kaninchen gestohlen worden.

pb. **Verhaftet** wurde ein russischer Arbeiter aus Warschau, der sich gegen das Belagerungsgesetz vergangen hatte.

pb. **Jugendliche Einbrecher.** Der in der Nacht zum 12. ds. M. ausgeführte Einbruchsdiebstahl in den Kontorräumen einer Fabrik in der Dornestraße, bei dem auch versucht worden war, die im Kontor stehenden Geldschränke aufzubrechen, fand durch die Festnahme dreier jugendlicher Arbeiter aus Frankfurt a. M. bezw. aus Bromberg seine Erledigung. Den Tätern konnte das Diebesgut zum größten Teil wieder abgenommen werden.

Moisling. Die Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins ist von jetzt ab jeden Mittwoch abend von 8½ Uhr an geöffnet.

Stockelsdorf. Der Sozialdemokratische Verein hält heute, Dienstag abend 8½ Uhr, bei Paetau eine Mitgliederversammlung ab. Wegen der Gemeinderatswahl ist vollzähliges Erscheinen der Genossinnen und Genossen notwendig.

Hamburg. Für den Frieden und Sozialismus. Am Montag sprach Genosse Scheidemann vor Tausenden von Parteigenossen, die den großen Saal und die Tribünen des Gewerkschaftshauses drangvoll füllten, über die Politik des 4. August. Eine kleine Anzahl von Schreiern und Lärmern suchte zu Beginn die Versammlung zu stören, aber unter der überzeugenden Wucht der Darlegungen des Redners verstummten sie schließlich ganz und nach seinen Schlußworten: „Es lebe der Friede, es lebe die Sozialdemokratie" setzte ein donnernder Beifall ein, wie er hier lange nicht erlebt wurde. Eine Aussprache, die keiner mehr als der Redner selber gewünscht hatte, wurde von der Polizei merkwürdigerweise nicht zugelassen. Die Versammelten beschlossen nach Bekanntwerden dieser Tatsache, die begreifliche Erbitterung hervorrief, noch einmal zusammenzukommen und dann im Beisein des Genossen Scheidemann über die Fragen, die er in seinem Vortrage behandelte, zu diskutieren. Gegen ein paar Stimmen wurden zwei Entschließungen angenommen, deren erste lautet: „Die gemeinsame Mitgliederversammlung der drei Sozialdemokratischen Vereine Hamburgs, tagend am 27. November im Gewerkschaftshause, erklärt nach Anhörung des Referats des Genossen Scheidemann ihre Zustimmung zu der Haltung der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, als der im Interesse der deutschen Arbeiterklasse gebotenen Politik. Sie ersucht die sozialdemokratische Fraktion, in der Frage der Lebensmittelversorgung wie bisher mit allem Nachdruck die Forderungen des arbeitenden Volkes zu vertreten und bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes auf ausreichende Garantien gegen jeden Mißbrauch zu dringen." Die zweite hat folgenden Wortlaut: „Die heute, am 27. November 1916, im Gewerkschaftshause tagende Versammlung erkennt an, daß Vernunft, Sitte, Kultur und Moral die gesamte Menschheit verpflichtet, für schnellste Beendigung des grauenhaften Krieges, der bereits nie wieder gut zu machenden Verlust an Gut und Blut — an Kultur- und Naturwerten gefordert hat, energisch unter der Bedingung einzutreten: Es werde wieder, wie es war, und jedes Land trägt seine eigenen Lasten. Die Versammlung erklärt ausdrücklich, daß sie überzeugt ist, so in langersehntem Wunsche aller Nationen zu handeln und es verabscheut, irgendwelche Vorteile für sich in Anspruch zu nehmen, wodurch anderen Nationen Schaden entstehen könnte. In diesem Sinne erwartet die Versammlung allerorts freudigen Widerhall sowie energisches Einschreiten zum schnellsten Kriegsende." Die Versammlung war getragen von dem starken Willen, in dieser schweren Zeit zu Land und Volk zu stehen, aber auch unverbrüchlich festzuhalten an den kulturellen Hochzielen des Sozialismus und der Demokratie, an der Zukunft des arbeitenden Volkes.

Hamburg. 460000 Mark Geldstrafe. Vor der Strafkammer II hatte sich gestern der Viehkommissionär Carl Christian Sörensen zu verantworten, weil er zu Hamburg und an verschiedenen Orten Dänemarks während der Zeit vom Februar bis März 1916 in 9 Fällen es unternommen haben soll, ausländische Geldsorten resp. Auszahlungen im Betriebe seines Handelsgewerbes zu kaufen oder über Guthaben im Auslande im Betriebe seines Handelsgewerbes zum Zwecke des Erwerbes von Geldsorten oder Auszahlungen in anderer Währung zu verfügen, als vom Reichskanzler bestimmt worden ist. Der Angeklagte hat teils Vieh für eigene Rechnung in Dänemark gekauft und hier wieder verkauft, teils hat er Vieh von Dänemark in Kommission zum Verkauf erhalten. Gegen die Ankäufe von Vieh für eigene Rechnung hat der Angeklagte nun in neun Fällen sich entweder von der Handels- und Verkehrsbank Beträge in Mark anweisen lassen, die er dann in Dänemark in Kronen umgetauscht hat, teils hat er von hier aus Schecks in Reichsmark mitgenommen, die er dann bei dänischen Banken verkauft und sich dafür ebenfalls den Gegenwert in Kronen hat geben lassen. Im ganzen ist festgestellt, daß er so über einen Wert von insgesamt 375 000 Mark verfügt hat. Der Staatsanwalt erblickt in seiner Handlungsweise ein Vergehen gegen die Bundesratsverordnung vom 20. Januar 1916 und beantragte, den Angeklagten in eine Geldstrafe von mindestens 750 000 Mark zu verurteilen. Für den Angeklagten machte der Verteidiger, Rechtsanwalt Christian Mohr, geltend, daß der Angeklagte die fragliche Bundesratsverordnung nicht gekannt habe, daß er aber auch höchstens in einem Falle gegen dieselbe verstoßen habe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach längerer Beratung wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung in 7 Fällen zu einer Geldstrafe von 460 000 Mk., während es ihn in 2 Fällen freisprach.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 1. Dezember bis 9. Dezember 1916 gelangen an jede zum 15. November zur Kundenliste angemeldete Person zur Ausgabe:

125 Gramm Teigwaren (Nudeln)
zum Preise von 51 Pfg. für ½ kg (1 Pfd.)
auf Abschnitt D II des Lebensmittelbuches.

Wenn sich bei der Ausrechnung Bruchteile eines Pfennigs ergeben, ist der Betrag auf den nächsten vollen Pfennig abzurunden.

Die Kleinhändler erhalten die auf ihre Kundenliste entfallende Ware bei dem Großhändler, bei welchem sie sich angemeldet haben, am 29. und 30. November 1916. Der Verkauf an den Verbraucher darf nicht vor dem 1. Dezember morgens beginnen. Die gesammelten Abschnitte aus den Lebensmittelbüchern haben die Verkäufer in der vorgeschriebenen Weise bis zum 14. Dezember an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle Breite Straße 65 II abzuliefern.

Lübeck, den 28. November 1916.

5927 **Die Nahrungsmittelverteilungsstelle.**

K. u. k. österr.-ungar. Konsulat in Lübeck.

Anläßlich der Beisetzung weiland S. Majestät des Kaisers und Apostolischen Königs Franz Joseph I. bleibt das k. und k. österr.-ungar. Konsulat in Lübeck am Donnerstag, dem 30. November 1916 geschlossen. 5926

Lübeckisches Adreßbuch 1917.

5914

Einwohner- u. Straßenverzeichnis liegt Dienstag, 28., u. Mittwoch, 29. Nov., für jedermann zur Einsicht aus

Fernruf 499. Max Schmidt, Mengstr. 16.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Sonnabend verstarb unsere Genossin

Anna Kneese.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag nachmittag 2½ Uhr auf dem Vorwerker Friedhofe. Die Mitglieder versammeln sich bis 2 Uhr im „Weißen Hirsch" zu Krempelsdorf.

5932) **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Am Sonnabend, dem 25. November starb unser langjähriges Mitglied, der Tischler

Adolf Niemann.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren. (5919

Die Ortsverwaltung.

Beginn der Trauerfeier Mittwoch nachmittags 2¼ Uhr auf dem Vorwerker Friedhofe.

Treffpunkt der Kollegen um 1¾ Uhr im „Weißen Hirsch", Krempelsdorf-Allee.

Am Sonnabend nachmittag starb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, meiner Kinder liebevoller Vater, der Tischler

Adolf Niemann

im 47. Lebensjahre.

Tief betrauert von seiner Frau und seinen Kindern
Luise Niemann geb. Bracht.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 29. Novbr. nachm. 2¼ Uhr vom Vorwerker Friedhof aus statt. 5917

Ihre am 25. November vollzogene Kriegstrauung beehren sich anzuzeigen

Friedel Folkers
Berta Folkers
geb. Beckmann.
Lübeck. (5922

Eine tüchtige Kontoristin
findet dauernde Beschäftigung bei der (5920
Lübecker Straßenbahn.

Eine Frau sucht zum 1. Dez. eine Stube mit Küche. (5918
Angeb. u. F G 100 i. d. Exp.

Zum 1. Januar eine Zweistuben-Wohnung zu vermieten. (5921 Glockengiesserstr. 31, 1. Et.

Fast neuer [illegible] Natur-Haarzopf zu verkaufen. (5923 St. Jürgen 31, 3.

2 Paar Halbstiefel, Gr 39 und 43 zu verkaufen.
5904) Ludwigstr. 70, I. l.

Pfähle zum Einzäunen zu kauf. gesucht. Ang. m. Preis u. Läng. der l. u. L M i. d. Exp (5912

Hasenfelle, Kanin, Marder, Fuchs, Iltis rc.
sowie **Pferde- u. Kuhhaare**
kauft zu den höchsten Tagespreisen (5916
D. Wagner, Holstenstr. 8.

Markthallenst. 46.
Kieler Pfahlmuscheln
100 Stück 70 Pfg. (5928
Johannes Boy, Markthalle 46

Visitenkarten
liefert schnellstens
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Weck-Uhren von 4.— an.
Trauringe, Wanduhren. (5907
Rathenower Brillen v. 2 M. an.
H. Schultz, Uhrm. u. Gldschm. ob. Johannisst. 20

Knochenverkauf.

Mittwoch, den 29. November
Nr. 5201—5400 v. 4-6 Uhr nachm.
5929 **Paul Lohrmann.**

Volksküche. 5913

Mittwoch, 29. Novbr.: Saure Suppe mit Kloßen, Fleisch u. Kartoffeln.
Donnerstag, 30. Nov.: Grießsuppe, Rüben und Kartoffeln.
Freitag, 1. Dezember: Graupensuppe, Kohl und Kartoffeln.

Vom **1. Dezember 1916** ab wird nur zusammengekochtes Mittagessen ohne Fleisch zum Preise von 5915
35 Pfennig
für die Portion abgegeben. An den Fleischtagen wird gegen Abgabe von 2 Fleischmarken und Zuzahlung von 20 Pfg. außerdem Fleisch verabreicht. Die Abendkost wird zum Einheitspreise von 20 Pfg. verausgabt.

Lübeck, 27. November 1916.

Der Vorstand der Volksküche.

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf u. Umgegend

Achtung!
Mitglieder-Versammlg.
am Dienstag, 28. November
abends 8½ Uhr
bei F. L. Paetau, Fackenburg.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen wird dringend ersucht wegen der Gemeinderatswahl.

5925) **Der Vorstand.**

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"
Johannisstraße 46.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Grösstes Lager in Särgen, Grabsteinen, Metall-, Perl- u. Blattkränzen
Einkleidungen jeder Art. ✱ Billigste Preise.

Soeben erschienen:

Illustrierter Neue-Welt-Kalender

für das Jahr 1917.

Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir hervor: Kalendarium. — Poetisches. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Unsere Toten. — Feld- und Kriegszeitungen. (Von J. Küche. Mit Illustration). — Die Sichtbarkeit von Tauchbooten und Minenfeldern im Meere vom Flugzeug und Ballon aus. (Mit Illustration.) — Die Ballonvölker. (Mit Illustration.) — Kleine kriegszeitgemäße Winke aus der Praxis des Alltags. (Mit Illustration.) — Hierzu drei Bilder: Heimkehr; Überschwemmung; Beim Wein.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
(Lübecker Volksbote)
Johannisstraße 46.

„Unsere Marine"
Cigarette
3 Pf. 5905
einschließlich Kriegsaufschlag
Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellsch

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Weihnachts-Unterstützung.

Der Verbandsvorstand hat beschlossen, den Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Verbandsmitglieder auch in diesem Jahre eine Weihnachts-Unterstützung zu gewähren.

Die Unterstützung beträgt: Bei einer Beitragsleistung bis zu 292 Wochen vier Mark und bei einer Beitragsleistung von mehr als 292 Wochen fünf Mark.

Unterstützungen, die nicht bis zum 31. Dezember d. Js. erhoben sind, gelangen nicht mehr zur Auszahlung.

Die Auszahlungstage werden noch bekannt gegeben.

Die **Anmeldungen** finden am **Mittwoch, dem 29. November,** am **Donnerstag, dem 30. November** und am **Freitag, dem 1. Dezember 1916 im Bureau, Johannisstraße 48, 2. Et.,** in der Zeit von **9—1 Uhr** vormittags und von **4—8 Uhr** nachmittags statt.

5910) **Der Vorstand**

Feldpostbriefe

5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.

Feldpostkarten

10 Stück 5 Pfennig
hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Metropol

Homunculus 3. Teil

mit Olaf Fönss.

Spielzeit täglich bis Donnerstag
4¼, 6½ und 9½ Uhr.
Bevorzugen Sie die Vorstellung
5924 um 4¼ und 6½ Uhr.

Die deutsche Kultur in den baltischen Provinzen.

Vortrag mit Lichtbildern
von Bruno Goetz aus Riga
Mittwoch, den 29. Novbr. 1916
in der Aula des Johanneums, abends 7 Uhr.

Der Reingewinn ist für deutsche Kriegsgefangene in Rußland bestimmt. 5908

Numerierter Platz Mk. 2.— und 1.—, unnumerierter Platz 50 Pfg
Vorverkauf bei **Otto Borchert,** Breite Straße 65.

Das Grundübel

Separatabdruck von fünf Artikeln aus der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung" in der sie im Monat Juli 1916 erschienen sind.

Von A. Gerisch.

— Preis 15 Pfg. —

Zu haben:

Buchhandl. Fr. Meyer & Co
Johannisstr. 46.

Verband der Zimmerer

Versammlung

am Mittwoch, 29. November
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

Bericht des Zentral-Vorstandes über die Verhandlung mit dem General-Kommando betr. Ausführung von Kriegsarbeiten. Referent **H. Eckes, Hamburg.**

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

5920 **Der Vorstand.**

Versammlung

der Mitglieder und deren Damen
am Donnerstag, d. 30. Nov., abends 8½ Uhr
im Theater-Saal der Stadthalle.

Vortrag von Herrn Professor Dr. **Schulze:**
„Dicht hinter der Ostfront."
(Mit vielen Lichtbildern, teils eigene Aufnahmen.) 5931

Verein der Musikfreunde.

9. volkstüml. Konzert

Mittwoch, 29. November
abends 8 Uhr, in der Stadthalle.
Leitung: **Dr. Georg Göhler.**

Zum Gedächtnis 5911
Kaiser Franz Josephs †

Beethoven, Trauermarsch a. d. Eroica. Mozart, Maurische Trauermusik. Bruckner, Andante a. d. Romant. Symphonie. Brahms, Andante a. d. C-moll-Symphonie. Haydn, Kaiser-Variationen. Smetana, Aus Böhmens Hain u. Flur. Radetzky-Marsch. Schubert-Liszt, Ungar. Marsch. Strauß, Geschichten a. d. Wiener Wald.

Hansa-Theater. 5930
Anfang 8 Uhr, Ende 10.30 Uhr
Die Verlorenen.
(Ein Beitrag zur Bekämpfung des Mädchenhandels.)
Minderjährigen unter 16 Jahr. ist der Zutritt nicht gestattet.
Vorverk. bei **Sager,** Kohlmarkt u. Theaterk. v. 10-1 u. ab 6 Uhr.
Sonntag, 3. Dezember, 4 Uhr
Die Reise durch das Märchenland.

Stadttheater. 5922
Dienstag, d. 28. Novemb. 1916
Das Rheingold.
Oper von R. Wagner.
Mittwoch, d. 29. Novemb. 1916
Die Csárdásfürstin
Operette von E. Kálmán.
Donnerstag, d. 30. Novbr. 1916
Gastspiel von **Eva Cron** vom Deutsch. Theater i. Hannover
Der siebente Tag.
Lustspiel v. Schanzer u. Welisch.
Vettori, Tänzerin . Eva Cron.
Schauspielpreise.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Nr. 279
23. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag,
den 28. November 1916

Das Dienstpflichtgesetz im Reichshaushaltsausschuß.

In der Fortsetzung der Besprechung der Vaterländischen Dienstpflicht trat Abg. Behrens (Dtsch. Frakt.) entschieden der Behauptung entgegen, daß die Arbeiter das beabsichtigte Gesetz, wie es sich nach dem Entwurf gestalten würde, als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter auffassen, vielmehr werde es, und zwar mit Recht, aufgefaßt als ein Ausnahmegesetz gegen die Drückebergerei. Es müßte auch auf die kleinen Geschäftsleute Rücksicht genommen werden. Dann begründete der Redner eingehend die Forderungen der Gewerkschaftsführer. Ganz besonders wendete er sich gegen die Einwendungen, die in bezug auf die allgemeine Einrichtung der Arbeiterausschüsse gemacht werden. Nur einige ganz große Betriebe im Ruhrbezirk sträuben sich gegen diese Einrichtung. Es liege gar kein Grund vor, daß für diese Herren ein Ausnahmezustand erhalten werde. (Zuruf von Konservativen: Auch in der Landwirtschaft!) Auch in der Landwirtschaft würden Arbeiterausschüsse durchaus segensreich wirken. Die Ausdehnung des Gesetzes auf die Frauen habe ganz besondere Bedeutung für die Landwirtschaft. Auch er müsse bestätigen, daß ein Teil der Frauen sich der sittlichen Pflicht zur Arbeit entziehe. Trotzdem sei es sehr zweifelhaft, ob der Zwang für die Frauen angemessen sei.

Der Vorsitzende Abg. Spahn schlägt vor, die allgemeine Besprechung möglichst zu beenden, dann zunächst die Mitwirkung des Reichstags bei der Durchführung des Gesetzes zu erörtern, und hierauf die Arbeiterrechtsfrage. — Abg. Dittmann erhebt Einspruch dagegen, daß überhaupt vor der ersten Lesung im Plenum eine Spezialberatung stattfinde. Die allgemeine Besprechung sollte heute beendet werden, dann könnte am Montag die erste Lesung im Plenum stattfinden. Am Dienstag könne dann der Ausschuß zusammentreten und in die Spezialberatung eintreten. — Die Abgg. Gröber und Ebert stimmten dem Vorschlage des Präsidenten zu. Selbstverständlich seien Beschlüsse ausgeschlossen. Wenn die Aussprache zu einem praktischen Ergebnis führen solle, könnte nicht anders verfahren werden. Darauf stellt der Präsident fest, daß in dieser Weise verfahren werde.

Abg. Meyer-Kaufbeuren: Vor allen Dingen ist es notwendig, die Rechtsgrundlage des neuen Gesetzes klar und bestimmt festzulegen. In Metz sei folgende Verordnung betr. Notstandsarbeit erlassen worden:

„Auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1851 wird hiermit verordnet: § 1. Wird durch Mangel an Arbeitskräften die ausreichende Beschaffung eines Gegenstandes des notwendigen Bedarfs für Volk oder Heer gefährdet oder ein öffentlicher Notstand anderer Art herbeigeführt, so hat schon im Interesse der öffentlichen Sicherheit jedermann die Pflicht, nach seinen Kräften — auch außerhalb seines Wohnortes — Arbeitshilfe zu leisten. § 2. Ein verpflichtender Notstand ist ohne weiteres anzunehmen, wenn die Verwaltungsbehörde unter Hinweis auf die vorliegende Verordnung zur Arbeitshilfe auffordert. § 3. Wer der Arbeit nicht Folge leistet, kann zur Arbeitshilfe zwangsweise herangezogen werden. § 4. Wer zur Arbeitshilfe herangezogen ist und die Uebernahme der Arbeit oder die Fortsetzung der übernommenen Arbeit verweigert, wird, wenn nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, auf Grund des § 9b des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. Juli 1851 des § 1 des Gesetzes vom 10. Dezember 1915 mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Gefängnisstrafe bestraft. — Der Weigerung ist die Einstellung und die Vernachlässigung der Arbeit gleich zu achten.

Metz, den 16. November 1916.

Der Gouverneur: v. Owen,
General der Infanterie."

Ein gleichlautender Erlaß ist auch in Straßburg erschienen. Nach diesem Vorbild ist zu befürchten, daß auch dann, wenn das beabsichtigte Reichsgesetz eerlassen sein wird, einzelne Generalkommandos sich die Befugnisse herausnehmen werden, das Gesetz in einzelnen Bestimmungen aufzuheben oder in manchen Punkten zu ergänzen. Die Rechtsgrundlage der Erlasse sei ungenügend. Schließlich fragte er an, ob zu der Vaterländischen Dienstpflicht auch die Tätigkeit als Geistlicher gehöre.

Der Präsident des Kriegsamts erklärte, daß die Seelsorge unangetastet bleibe durch das neue Gesetz. Die Personen, die auf Grund des neuen Gesetzes zur Vaterländischen Dienstpflicht herangezogen werden, bleiben Zivilpersonen und unterstehen den Zivilgesetzen, nicht aber den militärischen Gesetzen. Jedoch ist eine Ausnahme vorhanden, wenn diese Personen zum Heeresgefolge zählen. Dann kommen sie, wie es stets in solchen Fällen geschieht, unter die Militärgesetze. Der Erlaß des Gouverneurs von Metz sei ihm unbekannt. Der Gouverneur sei augenblicklich hier und werde noch heute über die Sache gehört werden. Ist aber einmal das beabsichtigte Reichsgesetz in dieser Sache erlassen, dann kann ohne die Zustimmung des Reichstages auch von den einzelnen Generalkommandos nichts geändert werden.

Abg. David (Soz.) begrüßt die Erklärung des Präsidenten des Kriegsamts in bezug auf das Verhältnis der Generalkommandos zu dem neuen Gesetz. Aber diese Erklärung genüge nicht. Wir müssen das neue Gesetz auch gegen den Belagerungszustand schützen. Ein solches Verfahren wie in Metz sei geradezu ungeheuerlich und unerträglich. Wir billigen den Zweck des Gesetzes, aber in dieser Form, wie der Entwurf jetzt vorliegt, sei dieser für uns unannehmbar, weil in dieser Form der Zweck des Gesetzes nicht erreicht werden kann. Auch könne dem Reichstag nicht zugemutet werden, auf sein gesetzgeberisches Recht zugunsten des Bundesrats zu verzichten. Das steht im Widerspruch mit unserer Pflicht als Volksvertreter. Dadurch, daß der Reichstag am 4. August 1914 dem Bundesrat das Ermächtigungsgesetz gewährt hat, habe er einen sehr großen Fehler begangen. Dies Verfahren hat sich durchaus nicht bewährt, denn der wirklich regierende Bundesrat ist das preußische Staatsministerium, sind die Herren Eisenbahnminister Breitenbach, Landwirtschaftsminister Schorlemer und die anderen Herren. Der Erlaß des Eisenbahnministers gegen den Eisenbahner-Verband sei keine preußische Angelegenheit allein, sondern er beweise, wie auch in Zukunft nach Inkrafttreten des beabsichtigten Reichsgesetzes die Herren im Bundesrat wirken werden. Und diese Herren sind stärkr als der Reichskanzler und als der Präsident des Kriegsamts. Das haben die Erfahrungen mit dem Kriegsernährungsamte zur Genüge gezeigt. Als Warnung vor dem Geist des Herrn Breitenbach ist allerdings der Erlaß des Herrn Breitenbach bezeichnend, und mit Recht in dieser Verhandlung angeführt. In der Sache selbst sei das Verhalten des preußischen Eisenbahnministers das denkbar kurzsichtigste. Auch der in Betracht kommende Verband denke gar nicht daran, während des Krieges in einen Streik einzutreten. Das habe sein Verhalten und das Verhalten der deutschen Arbeiter überhaupt aufs klarste bewiesen. Die preußische Verwaltung aber wolle sich nicht damit begnügen, sondern den Verband zwingen, über den Stock zu springen. Das preußische Ministerium habe diese Gelegenheit benutzt, um den Kampf gegen die Gewerkschaften zu führen. Die preußische Verwaltung sei in bezug auf die psychologische Behandlung des eigenen Volkes und anderer Völker unter aller Kritik. Aus dem beabsichtigten Gesetze werden viele Beschwerden entspringen. Sie gelangen an die Reichstagsabgeordneten. Sollen wir dann den Beschwerdeführern antworten: Wir können nichts machen? Wir haben unsere Rechte preisgegeben? Nein! Der Reichstag muß bei der Ausführung des Gesetzes dauernd mitwirken, nur so könne die ungeheure Leistung erreicht werden, die beabsichtigt wird. In dieser Beziehung sei England ein Vorbild. Dort seien auf diesem Gebiete gewaltige Leistungen erreicht, aber nur durch enges Zusammenarbeiten der Regierung mit der Volksvertretung. In Deutschland leider ist die Reichsleitung ganz und gar nicht von der Mitarbeit des Reichstages erbaut. Sie betrachtet das Hineinreden des Reichstages als mehr oder weniger überflüssig und ist zufrieden, wenn der Reichstag nicht versammelt ist. Dabei können die Herren gar nicht in dem innigen Zusammenhang mit dem Volke stehen, wie die Abgeordneten. Die Herren regieren von oben, sehen aber nicht, wie ihre Maßnahmen unten empfunden werden. Notwendig ist auch eine Fristbestimmung des Gesetzes. Daher sei zu verlangen eine Bestimmung, nach der das Gesetz am 1. Juli 1917 außer Kraft tritt, falls der Reichstag nicht vorher das Außerkrafttreten beschlossen hat. Die Erfahrung mit dem Gesetze wird zeigen, wo die bessernde Hand anzulegen ist. Daher muß nach einigen Monaten unter allen Umständen dem Reichstag Gelegenheit gegeben werden, das Gesetz von neuem zu besprechen und zu bestimmen, unter welchen Aenderungen das Gesetz weiter in Kraft bleiben kann. Wenn die Regierungen wissen, daß das Gesetz befristet ist und über das längere Inkraftbleiben des Gesetzes mit dem Reichstag eine Verständigung herbeigeführt werden muß, so werde dieses schon sehr segensreich wirken in bezug auf die Durchführung des Gesetzes gleich in den ersten Monaten. Die von den Gewerkschaftsvertretern vorgeschlagenen Sicherheiten gegen Willkürmaßnahmen der Unternehmer müssen unter allen Umständen in das Gesetz selbst hineinkommen. Auch für die Landarbeiter sind diese Sicherheiten unbedingt notwendig, damit sie nicht auf den großen Gütern als Kulis ausgenützt werden. Wenn der Landwirtschaft mehr und billigere Arbeitskräfte zwangsweise zugeführt werden sollen, dann müssen sich auch die Landwirte in den Dienst der Allgemeinheit stellen und nicht allein in ihren Geldbeutel arbeiten. Auch dafür muß Sicherheit geschaffen werden. Unerläßlich ist eben eine Bestimmung, durch die der Profit der Unternehmer begrenzt werde. Andere Kreise müssen infolge des Krieges auch schwere materielle Opfer bringen, nur für die Unternehmer gelte noch der Grundsatz, daß sie während des Krieges höhere Profite einstecken dürfen als im Frieden. Wenn das nicht geschieht, werde das neue Gesetz sehr schädlich wirken.

Staatssekretär Helfferich: Daraus, daß, abgesehen von der einen Ausnahme, die der Präsident des Kriegsamtes angeführt hat, alle Personen im Vaterländischen Hilfsdienst den Zivilgesetzen unterstehen und nicht den Militärgesetzen, ergibt sich auch daß sie keinen Anspruch auf Familienunterstützung haben; denn diese Familienunterstützung ist nur bestimmt für Militärpersonen. Abg. David hat ohne Grund sich so scharf gegen die Reichsleitung und das preußische Staatsministerium gewendet. Diesem Gesetzentwurf hat die Reichsleitung zum ersten Male Richtlinien für die Durchführung beigegeben. Das ist ein ganz besonderes Entgegenkommen gegenüber dem Reichstag. Die Richtlinien beruhen auf einem Beschluß des Bundesrats. Deshalb habe der Reichstag die Sicherheit, daß sie bei den Ausführungen auch wirklich durchgeführt werden. Das Vorgehen des preußischen Eisenbahnministers in Sachen gegen den Eisenbahnerverband ist durchaus berechtigt. Die Schuld daran, daß es hier zu einer Verständigung nicht gekommen ist, liegt jetzt einzig und allein an dem Verbandsvorstand; denn es genügt nicht, daß von den Vertretern der Generalkommission die Erklärung abgegeben wird, der Verband verzichte auf das Streikrecht, sondern das muß der Verband selbst aussprechen und in seine Satzungen bindend für alle Mitglieder festlegen. Das müßte unter allen Umständen geschehen. Nur auf diese Weise kann der Konflikt beseitigt werden. Auch darin hat Abg. David Unrecht, daß die Reichsleitung nicht die nötige Fühlung mit dem Reichstag genommen habe. Sie habe vielmehr während des Krieges bei jeder Gelegenheit und möglichst zeitig sich in Verbindung mit den einzelnen Fraktionen des Reichstages gesetzt, habe auch mit einzelnen Abgeordneten Fühlung genommen und sei stets allen Wünschen und allen Beschwerden der Reichstagsabgeordneten zugänglich gewesen. Auch er und die anderen Herren der Reichsleitung stehen in engster Fühlung mit der Bevölkerung. Die Fühlung mit der Bevölkerung sei durchaus nicht das Vorrecht der sozialdemokratischen Partei. In bezug auf die Gewinne der Unternehmer wird es sehr schwer sein, allgemeine Grundsätze im Gesetz selbst festzulegen. Vielleicht wäre es zweckmäßig, das Kriegsgewinnsteuergesetz dahin zu prüfen, ob nicht durch eine Aenderung des Gesetzes die Kriegsgewinne noch mehr eingeschränkt werden könnten, als es bisher geschehen ist.

Abg. Westarp (Kons.): In bezug auf den Konflikt des preußischen Eisenbahnministers mit dem Eisenbahnerverband muß das Vorgehen des Eisenbahnministers als durchaus berechtigt anerkannt werden. Im übrigen wendete sich der Redner namentlich gegen Ausführungen des Abg. Legien. Die Aufhebung der Familienunterstützung für die Kriegsteilnehmer habe er unter gewissen Voraussetzungen gefordert, bei denen jede Unbilligkeit ausgeschlossen ist. Dem Abg. David sei zu erwidern, daß der Mangel an Arbeitern auf dem Lande überaus groß ist, und daß sich daher die Großgrundbesitzer alle Mühe geben müssen, die Arbeiter zu halten. Deshalb könne von einer rücksichtslosen Behandlung der Arbeiter gar keine Rede sein. In der Tat seien die Barlöhne der landwirtschaftlichen Arbeiter um 100 Prozent gestiegen. Wo aber die Arbeiter Naturallohn bekommen, ist auch dieser Lohn infolge der allgemeinen Teuerung der Lebensmittel um mindestens 100 Prozent höher, als er es früher war. Der Antrag der Sozialdemokraten, daß der Reichstag über die weitere Dauer des Gesetzes erst ausdrücklich zu beschließen habe, sei sehr bedenklich. Es muß die Sicherheit gegeben werden, daß das Gesetz während der ganzen Dauer des Krieges bestehen bleibe.

Abg. Giesberts (Ztr.) bedauert, daß der Staatssekretär Helfferich nicht das Maß des Entgegenkommens auf die Forderungen der Gewerkschaften bewiesen habe, das notwendig sei, wenn das Gesetz so zustande kommen soll, wie der Staatssekretär es wünsche. Freilich liegt die Schwierigkeit der Verständigung nicht an der Person des Herrn Staatssekretärs, sondern an anderer Stelle. Das Kriegsministerium habe dem 7. Armeekorps geschrieben, daß es sich bemühen soll, um die Arbeiterausschüsse durchzuführen. Das Generalkommando des 7. Armeekorps hat sich an die Handelskammer in diesem Sinne gewendet, die Handelskammer an die in Betracht kommenden Werke. Trotzdem sei nicht ein Fall bekannt geworden, in dem die Arbeiterausschüsse eingeführt worden sind. Dürfen wir als Arbeitervertreter vor dem Widerstand der großen Betriebe in unseren berechtigten Forderungen zusammenknicken? Die Arbeiter sind aufs äußerste dem Bedürfnis unseres Vaterlandes entgegengekommen. Hieran sollten sich die Inhaber der Großbetriebe ein Beispiel nehmen. Das, was die Arbeiter verlangten, seien nur Forderungen guter bür-

---

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

32. Fortsetzung.

Gegen Abend erst kam er wieder daheim an, nachdem er im ganzen etwa sechs Stunden gegangen war. Auf welchem Wege und wie er nach Hause gegangen war, dessen wußte er sich nicht zu entsinnen. Nachdem er sich entkleidet hatte, bebend wie ein abgejagtes Pferd, legte er sich auf das Sofa, deckte den Mantel über sich und verlor sogleich die Besinnung. — — — —

In vollster Finsternis erwachte er infolge eines furchtbaren Schreies. Gott, was war das für ein Schrei? Solch' unnatürliche Töne, solches Geheul, Wehklagen, Zähnekniirschen, solche Tränen, Verzweiflung, Züchtigung und Vorwürfe hatte er noch niemals vernommen oder gesehen. Solch eine Wildheit und Grenzenlosigkeit vermochte er sich nie vorzustellen.

Voll Schrecken erhob er sich auf seinem Lager, jeden Augenblick die Kraft verlierend, aber immer mit sich kämpfend. Doch das Schlagen, Heulen und Schelten wurde immer heftiger und heftiger, und plötzlich, zum größten Erstaunen, vernahm er die Stimme seiner Hauswirtin. Sie heulte, wimmerte und sprach eilig, hastig, die Worte hervorstoßend, daß man nicht zu unterscheiden vermochte, worum es sich handelte — wie es schien sollte man aufhören sie zu schlagen, da man sie unbarmherzig auf der Treppe prügelte. Die Stimme des Schlagenden war so furchtbar entstellt von Wut und Raserei, daß sie nur noch heiser brüllte, aber bei allem Schlagen sprach sie immer zu, und dabei schnell, bestimmt, hastig und schäumend.

Plötzlich erbebte Raskolnikow wie Espenlaub: Er erkannte diese Stimme! Sie gehörte Ilja Petrowitsch; er war hier und schlug die Hauswirtin! Er stieß sie mit den Füßen, schlug sie mit dem Kopfe auf die Stufen — es war deutlich an dem Lärm vernehmbar, an dem Geheul und den Schlägen! Was ist das, hat die Welt sich verkehrt? Es ward vernehmbar, wie von allen Stockwerken und Stiegen sich die Menschen versammelten, Stimmen erschallten, Rufe, man lief zusammen, schlug mit den Türen und lief hin und her. „Aber weshalb, weshalb, wie ist das möglich?" wiederholte Raskolnikow, ernst überzeugt, daß er den Verstand verloren habe.

Doch nein, er hört es ja klar! Indessen, auch zu ihm werden sie kommen, „weil," vielleicht kommt alles dies erst von jener Tat — von der gestrigen — Himmel! Er wollte die Tür fest schließen, aber er vermochte die Hand nicht zu heben; es nützte ja auch gar nichts! Das Entsetzen lag wie eine Eisdecke über seiner Seele, und quälte ihn, machte ihn erstarren. Endlich aber, nach etwa zehn Minuten ließ das Getöse allmählich nach. Die Hauswirtin ächzte und stöhnte, Ilja Petrowitsch fluchte und drohte noch, aber da, endlich verstummte auch er, man hörte ihn nicht mehr. „Sollte er fortgegangen sein?" Ja, jetzt ist er fort und die Wirtin, noch immer stöhnend und klagend, schlägt die Tür hinter sich zu; der Haufe verläuft sich wieder von den Treppen in die Wohnungen, man klagt, streitet und zankt sich, der eine spricht laut bis zum Schreien, der andere leise bis zum Flüstern; sie müssen sehr zahlreich da sein, vielleicht ist das ganze Haus zusammengelaufen, aber sollte dies wirklich möglich sein? Und warum, warum kam er hierher?

Raskolnikow lag kraftlos auf seinem Sofa, aber er vermochte nicht mehr das Auge zu schließen; so lag er eine halbe Stunde hindurch in der unerträglichen Empfindung eines grenzenlosen Schrecks, wie er ihn noch niemals gekannt. Da erhellte ein greller Lichtschein seine Kammer; herein trat Nastasja, mit einem Lichte und einem Teller Suppe. Sie schaute ihn aufmerksam an und als sie gewahrte, daß er nicht schlief, stellte sie das Licht auf den Tisch und begann das Mitgebrachte auszupacken, Brot, Salz, einen Teller und Löffel.

O, er hatte seit gestern nichts genossen, den ganzen Tag war er nur herumgelaufen, von dem kalten Fieber geschüttelt.

„Nastasja, weshalb haben sie die Wirtin geschlagen?"

Er schaute sie aufmerksam an.

„Wer hat sie denn geschlagen?"

„Nun, soeben vor einer halben Stunde. Ilja Petrowitsch, der Assistent des Viertelsinspektors hat sie auf der Treppe geprügelt, weshalb tat er das? Und — warum ist er denn gekommen?"

Nastasja blickte ihn schweigend und düster an, lange blickte sie auf ihn. Dies aber wurde ihm unangenehm, ja beängstigend.

„Nastasja, weshalb schweigst du denn?" fragte er sie unwirsch, aber mit schwacher Stimme.

„Das ist das Blut," sagte diese endlich leise und wie zu sich selbst.

„Blut? Was für Blut?" stotterte er erbleichend und sich zur Wand kehrend, während Nastasja fortfuhr, ihn schweigend zu betrachten.

„Es hat niemand die Wirtin geschlagen," wiederholte sie nochmals mit entschiedenem Tone; Raskolnikow blickte sie kaum atmend, an.

„Aber ich habe es doch selbst gehört, und nicht geschlafen — — ich saß," erwiderte er verschüchtert. „Lange habe ich gelauscht; es war der Gehilfe des Viertelsinspektors hier, die Leute liefen auf der Treppe zusammen, aus allen Wohnungen.

„Niemand ist hier gewesen, es ist nur das Blut in dir gewesen, wenn dies keinen Ausgang findet und sich in der Leber ansammelt, dann bringt es uns Ohnmachten. Willst du nicht etwas essen?"

Er antwortete nicht. Nastasja stand noch immer vor ihm, und schaute ihn aufmerksam an, sie ging nicht wieder hinweg.

„Gib mir zu trinken — — liebe Nastasja."

Sie ging hinunter und kehrte nach einigen Minuten mit Wasser in einem Tonkrug zurück; dann verlor er die Besinnung; er wußte nur noch, wie er einen Schluck frischen Wassers zu sich genommen und etwas davon auf die Brust vergoß. Dann war das Bewußtsein weg.

3.

Er lag indessen nicht die ganze Zeit seiner Krankheit hindurch in Besinnungslosigkeit, sondern mehr in einem fieberhaften Zustand mit Phantasien und halbem Bewußtsein; er vermochte sich nachher mancher Einzelheiten zu entsinnen. So schien ihm, es versammle sich viel Volk um ihn, wolle ihn ergreifen und fortschleppen und kämpfe und streite sich um ihn. Dann lag er plötzlich wieder in seiner Kammer, alle hatten ihn verlassen und fürchteten sich vor ihm, nur bisweilen wird die Tür geöffnet und sie schauen auf ihn, drohen und besprechen sich über irgend etwas, was ihn betrifft; sie lachen und spotten über ihn. Nastasja sah er oft neben sich; er bemerkte auch noch einen Menschen, der ihm sehr bekannt zu sein schien und dessen er sich doch nicht zu entsinnen vermochte, er sehnte sich nach ihm und weinte sogar.

Ein andermal schien ihm, er liege schon seit einem Monat darnieder, dann wieder, daß sich alles nur an einem einzigen Tage ereignet habe — aber jenes Ungeheure, jene Tat — er hatte sie gänzlich vergessen. Gleichwohl war ihm in jedem Augenblick bewußt, daß er etwas vergessen habe, was er nicht vergessen dürfe — er mühte sich ab, er marterte sich, um darauf zu kommen, er stöhnte, verfiel in Raserei oder in furchtbares, unerträgliches Entsetzen. Dann fuhr er empor von seinem Lager, er wollte entfliehen, aber stets hielt ihn etwas mit aller Kraft zurück, und er versank wieder in Erschöpfung und Bewußtlosigkeit; endlich kam er aber ganz zu sich.

Es geschah eines Morgens in der zehnten Stunde. Um diese Zeit stand an hellen Tagen früh die Sonne stets in einem langen Streifen an der rechten Wand seiner Kammer und erleuchtete den Winkel neben der Tür. An seinem Bett stand Nastasja und ein Mann, welcher ihn gespannt musterte, den er aber nicht kannte. Es war eine kräftige, jüngere Persönlichkeit in einem Kaftan, bärtig, welcher aussah wie ein Artelschtschik. Aus der halbgeöffneten Tür schaute die Wirtin herüber. Raskolnikow richtete sich empor.

„Wer ist dies, Nastasja?" fragte er, auf den Burschen zeigend.

„Steh da, er ist zum Bewußtsein gekommen!" sagte dieser.

„Jawohl," rief der Artelschtschik. Als sie hörte, daß er erwacht sei, schloß die Wirtin, welche zur Tür hereinblickte, diese sogleich und verschwand. Sie war im allgemeinen sehr zaghaft und nur schwer zu Unterhaltungen und Auseinandersetzungen zu bewegen. Im Alter von vierzig Jahren war sie dick und fett, hatte schwarze Brauen und Augen und war sehr behäbig in ihrer Wohlbeleibtheit und Faulheit. Doch war sie sonst sehr hübsch und neuschämt bis zum Uebermaß.

(Fortsetzung folgt.)

gerlicher Sozialpolitik und gehen über dieses Ziel nicht hinaus. Welche Wirkung würde es auf die Arbeiter haben, wenn zwar auf der einen Seite gegen sie der Zwang ausgeführt wird, aber zugleich Sicherheiten abgelehnt werden, die unbedingt notwendig sind. Das würde zur Folge haben, daß die Gewerkschaftsführer keinen Einfluß mehr auf die Arbeiter ausüben können. Auch in dem Eisenbahnerkonflikt könne er nicht dem Staatssekretär und dem preußischen Eisenbahnminister zustimmen. Er hat vielmehr den Eindruck, daß der preußische Eisenbahnminister die Not des Krieges benutzt, um der Organisation das aufzuzwingen, was er im Frieden nicht hat durchsetzen können. Die bürgerlichen Arbeitervertreter können nicht dem Gesetz zustimmen, wenn die Forderungen der Gewerkschaften abgelehnt werden. Dasselbe sei selbstverständlich der Fall bei den sozialdemokratischen Arbeitervertretern. Werden nicht die Forderungen der Gewerkschaftsvertreter erfüllt, dann kann das Gesetz nur zustandekommen unter dem Widerspruch sämtlicher Arbeitervertreter. Und das wäre ein Unglück.

Abg. Noske (Soz.): Richtig ist, daß jetzt die Reichsleitung mehr Fühlung mit den Abgeordneten hat als früher, das genügt aber durchaus nicht. Ebenso wenig genügen die Richtlinien, die dem Gesetzentwurf beigegeben werden. Wir können zu derartigen Versprechungen kein Vertrauen mehr haben. Die Antwort des Staatssekretärs in bezug auf den Eisenbahnerkonflikt beweist, daß in der Tat diesen Herren das Verständnis für die Verhältnisse und das Empfinden der Arbeiter durchaus fehlt. Welch ein Geist im preußischen Eisenbahnministerium herrscht, beweist folgende Tatsache: Einer der maßgebenden Herren des preußischen Eisenbahnministeriums sei in diesen Tagen darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Erlasse des Eisenbahnministers, von denen in der jetzigen Verhandlung ausführlich die Rede war, große Erregung bei den Eisenbahnern hervorrufen werden. Der Herr antwortete: „Die Erregung läßt sich durch den Schützengraben besänftigen. Im übrigen ist der Standpunkt des Herrn Eisenbahnministers unwiderruflich festgelegt. Da können die Herren im Reichstag und Landtag reden was sie wollen, ändern werden sie nichts." Gegen diese reaktionäre Scharfmacherei müssen wir unter allen Umständen die von den Gewerkschaftsführern verlangten Sicherheiten im Gesetz selbst bekommen, wenn wir nicht die Arbeiter aufs schwerste schädigen wollen. Ganz anders sei das Verhalten des englischen Munitionsministers. In der bekannten Rede, in der er die großen Leistungen der englischen Munitionsfabriken angekündigt habe, habe er ausdrücklich die Gewerkschaften gefeiert und sei auch den Verdiensten der Frauen und den sich daraus ergebenden Ansprüchen durchaus gerecht geworden. In dieser Weise sollte man auch bei uns verfahren, dann würde man am besten das erstrebte Ziel erreichen. Nötig sei allerdings auch, daß der Gewinn der Kriegslieferanten beschränkt werde. Hierzu müßte ein zweckmäßiger Weg gefunden werden. Deshalb sei es bedauerlich, daß noch nicht das Material über das entsprechende Gesetz in England und anderen Staaten uns vorgelegt sei. Vielleicht ergebe sich aus diesem Material ein Hinweis darauf, wie es auch bei uns gemacht werden könne. Auf den Antrag, daß über die Verlängerung des Gesetzes über den 1. Juli 1917 hinaus der Reichstag gehört werden müsse, können wir nicht verzichten.

Staatssekretär Helfferich: Das Material über die entsprechenden Gesetze in England und in anderen Staaten werde bereits beschafft und dem Ausschuß zugehen, sobald es zusammen ist.

Ein Vertreter des preußischen Eisenbahnministers versicherte, daß das, was der preußische Eisenbahnminister von dem Eisenbahner-Verband verlangt, durchaus demjenigen entspricht, was die Regierung seit jeher als unbedingt notwendig bezeichnet hat. Er könne aus eigener Ueberzeugung versichern, daß keiner der maßgebenden Herren im Eisenbahnministerium eine solche Antwort gegeben habe, wie sie der Abgeordnete Noske vorgelesen hat. Er wäre dankbar, wenn der Abg. Noske ihm, wenn auch nur privatim, die nähere Mitteilung darüber macht.

Abg. Mayinger (Ztr.) verlangt eine möglichst große Schonung der Verhältnisse in der Landwirtschaft.

Abg. Gröber (Ztr.): Unbedingt muß eine Entschädigung derjenigen Unternehmer durchgeführt werden, deren Betriebe geschlossen oder eingeschränkt werden. Eine Aenderung der Kriegsgewinne kann in dieser Beziehung nicht genügen. Der Reichstag muß das Mittel haben, die zu hohen Preise für Kriegsmaterial herunterzuschrauben. Wo der Lohn der Arbeiter gedrückt wird, muß den Unternehmern der Auftrag entzogen werden.

Staatssekretär Helfferich versprach, daß den Forderungen des Abg. Gröber möglichst Rechnung getragen werden solle.

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses wurde beschlossen, daß die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen allgemeinen Bestimmungen vom Bundesrat nur mit Zustimmung eines vom Reichstag aus seiner Mitte gewählten Ausschusses von 15 Mitgliedern erlassen werden können. Der Ausschuß soll über alle wichtigen Vorkommnisse informiert und vor Erlaß wichtiger Anordnungen gehört werden. Ferner wurde beschlossen, daß das Gesetz einen Monat nach Friedensschluß aufgehoben werden soll.

Vorschläge der Gewerkschaftsvertreter zum Gesetzentwurf über den vaterländischen Hilfsdienst

Zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend den vaterländischen Hilfsdienst, sind von den Abgg. Bauer (Breslau), Becker (Arnsberg), Behrens, Giesberts und Legien folgende Vorschläge eingereicht worden:

1. Dem § 2 Abs. 1 anzufügen:

Als kriegswirtschaftliche Organisationen gelten insbesondere auch die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer und die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten.

2. Dem § 2 anzufügen:

Dem Kriegsamt wird ein aus Mitgliedern des Reichstages bestehender Beirat zur Seite gestellt. Der Beirat hat die Ueberwachung der Ausführung des Gesetzes zu übernehmen.

3. Folgende Paragraphen hinzuzufügen:

§ 2a.

Organe zur Durchführung des Gesetzes sind:

1. Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.

In allen für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Unternehmungen sind, insoweit 20 Personen in ihnen beschäftigt werden, Arbeiterausschüsse und bei der gleichen Zahl von Angestellten auch für diese Ausschüsse zu errichten, die als Vertreter der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft des Betriebes anzusehen und gegen Entlassung und willkürliche Behandlung durch die Unternehmer oder deren Vertreter angemessen zu schützen sind. Die Unternehmer oder die Werksleitungen sind verpflichtet, mit den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesamtarbeiterschaft und der Angestellten sowie über Beschwerden der einzelnen Arbeiter und Angestellten zu verhandeln. Die Arbeiterausschüsse sind von sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, zu wählen. Die Wahl der Angestelltenausschüsse erfolgt durch die im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Angestellten, die das 18. Lebensjahr erreicht haben. Im Bergbau übernehmen die auf Grund des Berggesetzes errichteten Arbeiterausschüsse die in dem Gesetz vorgesehenen Funktionen.

2. Einigungsämter.

Für den Bereich eines jeden Bezirkskommandos ist ein Einigungsamt zu bilden, dem strittige Fragen, über die zwischen den Unternehmer- und den Arbeiter- beziehungsweise Angestelltenausschüssen ein Einvernehmen nicht erzielt ist, zur Entscheidung zu unterbreiten sind. Von Unternehmern, Arbeitern und Angestellten der Betriebe, in denen Ausschüsse nicht bestehen, kann bei Streitigkeiten das Einigungsamt unmittelbar angerufen werden. Das Einigungsamt wird aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer (je zwei ständigen und einem unständigen Mitgliede) gebildet. Die unständigen Mitglieder sind stets aus den Berufsgruppen zu berufen, über deren Verhältnisse verhandelt wird. Die Berufung der Mitglieder zu den Einigungsämtern erfolgt durch die im Bereiche der einzelnen Generalkommandos gebildeten Schiedsgerichte, und zwar nach Maßgabe der von den Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisationen gemachten Vorschläge. Als Verhandlungsleiter fungiert ein Beauftragter der Militärbehörde ohne Stimmrecht.

3. Schiedsgerichte.

Für den Bereich eines jeden Generalkommandos wird ein Schiedsgericht gebildet, das aus einem von dem Kriegsamte zu ernennenden Vorsitzenden und aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer (je zwei ständigen und einem unständigen Mitglied) gebildet wird. Die unständigen Mitglieder sind stets aus den Berufsgruppen zu berufen, über deren Verhältnisse verhandelt wird. In den hauptsächlichsten Bergwerksindustriebezirken (rheinisch-westfälisches Industrierevier, Saarrevier, Oberschlesien) werden besondere Spruchkammern für den Bergbau vorgesehen.

Für die Angestellten sind besondere Spruchkammern bei den Einigungsämtern und Schiedsgerichten zu errichten. Die Berufung der Mitglieder in die Schiedsgerichte erfolgt durch das Kriegsamt nach Maßgabe der von den Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisationen gemachten Vorschläge.

4. Ausschüsse.

Zur Entscheidung über betriebstechnische und allgemeinwirtschaftliche Fragen werden im Bezirk eines jeden stellvertretenden Generalkommandos Ausschüsse gebildet. Jeder Ausschuß besteht aus einem Offizier als Vorsitzenden, aus zwei höheren Staatsbeamten, von denen einer der Gewerbeaufsicht angehören soll, sowie aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; den Offizier bestellt das Kriegsamt, in Bayern, Sachsen und Württemberg das Kriegsministerium, dem in diesen Bundesstaaten auch im übrigen der Vollzug des Gesetzes im Einvernehmen mit dem Kriegsamt zukommt. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestellt das Kriegsamt nach Maßgabe der von den Unternehmer- und den gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen gemachten Vorschläge. Die übrigen Ausschußmitglieder bestellt für je ihren Bezirk die Landeszentralbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle. Vor der Entscheidung des Ausschusses soll die beteiligte Gemeindebehörde gehört werden. Werden Marineinteressen berührt, so ist vor der Entscheidung auf Verlangen der Marine ein von ihr zu bezeichnender Marineoffizier zu hören.

§ 2b.

Das Kriegsamt erläßt für die Ausschüsse zur Erledigung der betriebstechnischen und allgemein-volkswirtschaftlichen Fragen und für die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, die Einigungsämter und die Schiedsgerichte besondere Geschäftsordnungen.

§ 2c.

Den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen darf die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts nicht beschränkt werden.

§ 2d.

Die zur Tätigkeit für bestimmte Betriebe vom Militärdienst Zurückgestellten (Reklamierten) unterstehen diesem Gesetze, soweit die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder der Arbeitswechsel in Frage kommen.

§ 2e.

Arbeitern und Angestellten, die zu dem Lebensunterhalt von Angehörigen wesentlich beigetragen haben und nicht in ihrem Heimatsorte in geeigneter Weise beschäftigt werden können, ist neben dem üblichen Lohne eine Familienzulage zu gewähren, ebenso ist ihnen Freifahrt zum Heimatsorte zu bewilligen.

Arbeiter und Angestellte, die infolge des Gesetzes, betreffend den vaterländischen Hilfsdienst, arbeitslos werden, nicht in ihrem Heimatsort beschäftigt werden können und zur Verpflanzung nach anderen Orten nicht geeignet sind, erhalten aus Reichsmitteln Arbeitslosenunterstützung.

§ 5f.

Für Arbeiterinnen und Jugendliche sind in bezug auf Arbeitszeit, Aufsicht, Unterkunftsräume usw. besondere Vorschriften zu erlassen.

§ 2g.

Soweit Personen durch eine neu aufzunehmende Beschäftigung dem Schutze der Arbeiterversicherung unterstehen, darf von der Vorschrift der §§ 168 und 1232 R.V.O. kein Gebrauch gemacht werden. Soweit es nicht der Fall ist, muß diesen Personen ein der Versicherung gleichstehender Schutz vom Reiche gewährleistet werden.

Wo nach den Vorschriften der Versicherungsgesetze für Berechnung der Renten der ortsübliche Tagelohn oder der behördlich festgesetzte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst in Anrechnung zu bringen ist, ist an deren Stelle der durchschnittliche Verdienst gleichartiger Arbeiter zu nehmen.

Diese Vorschläge wurden in der Sitzung des Haushaltungsausschusses verteilt.

Ein belgischer Sozialist für Friedensverhandlungen.

Der von Camille Huysmans redigierte „Socialiste Belge" veröffentlichte am 17. November einen Artikel über Asquith und Bethmann. In diesem Artikel, der uns jetzt vorliegt, wird des näheren ausgeführt:

„Es ist unbestreitbar, daß die letzten Reden Bethmann Hollwegs und Asquiths einen Schritt dem Frieden entgegen bezeichnen. Zum erstenmal hat der Kanzler erklärt, daß nie die Rede davon war, Belgien zu annektieren und daß seine Regierung Anhängerin eines Verbandes von Staaten zur Verhütung der Wiederkehr der Ereignisse von 1914 ist.

Kurz, Deutschland fordert:

a) die Aufrechterhaltung der Grenzen im Osten;

b) die Ueberbringung des heutigen Russisch-Polen unter die Abhängigkeit von Deutschland und Oesterreich-Ungarn;

c) die Zurückgabe der deutschen Kolonien;

d) die Errichtung internationaler Schiedsgerichte.

Oesterreich hat bisher noch nicht gesprochen und die „Arbeiter-Zeitung" fordert seine Regierung auf dies jetzt zu tun.

Was will die Entente?

a) Die Unabhängigkeit und Wiederherstellung Belgiens;

b) die Unabhängigkeit und Wiederherstellung Serbiens mit einer Stabilisierung der Verhältnisse auf dem Balkan;

c) zumindest ein Kompromiß über Elsaß-Lothringen;

d) eine Berichtigung der italienischen Grenzen;

e) die Einrichtung des internationalen Schiedsgerichts mit Zwangsmaßregeln.

Wir sehen nicht ein, daß hier keine Materie für fruchtbare Unterhandlungen gegeben sein soll. Das Problem der Kolonien ist nicht unlösbar. Im Gegenteil.

Asquith sagte: „Wir wollen den Frieden, unter der Bedingung, daß dieser Krieg nicht umsonst gewesen sei, für die Schwachen, für die Freiheit Europas und für die der Welt."

Wir sind ebenfalls dieser Meinung.

Die Frage der Lösung der Konflikte durch Schiedsgerichte hat uns immer wichtiger erschienen als die Frage der Grenzberichtigungen.

Zum Schluß äußert der Artikel immerhin Zweifel, ob Bethmann stärker sei als die deutschen Reaktionäre.

Hierzu schreibt man aus Amsterdam:

Jedenfalls verdient der Artikel Huysmans, sehr beachtet zu werden, namentlich auch wegen der Liste der Forderungen der Entente, die er formuliert. Es ist bekannt, daß Huysmans zu bestimmten Personen, die in der belgischen Politik entscheidend mitsprechen, nahe Beziehungen hat, und darum sind die Bemerkungen über die Kolonialfrage besonders interessant. Nicht übersehen darf auch die Aeußerung über Elsaß-Lothringen werden. „Mindestens ein Kompromiß" — das klingt denn noch erheblich maßvoller als die Resolutionen auch der französischen Mehrheitssozialisten. Vor allem aber ist von höchster Wichtigkeit, daß endlich ein führender Sozialist der Ententeländer, der entschieden auf Seite seiner Regierung steht, mit der Formel vom Krieg „bis ans Ende" — oder bis zum vollkommenen militärischen Sieg — ausdrücklich gebrochen hat und erklärt: Die Bedingungen zum Verhandeln sind gegeben!

Aus der Partei.

Stadtverordnetenwahlen in Elbing. Die Ergänzungswahlen der dritten Abteilung für das Stadtparlament Elbing fanden im Zeichen des Burgfriedens statt. Es wurden die beiden Genossen P. Handke und H. Perschon wiedergewählt. Wir haben somit wieder 15 Sitze in der Stadtverordnetenversammlung inne. Drei unserer Stadtverordneten stehen im Felde. — Am 24. d. Mts. waren fünf Stadträte zu wählen. Neben vier Bürgerlichen wurde Genosse August Grabowski, Geschäftsführer des Konsum- und Sparvereins von Elbing, mit 19 von 36 abgegebenen Stimmen zum Stadtrat gewählt, während der bisherige Inhaber des Mandats, ein Bürgerlicher, nur 17 Stimmen auf sich vereinigte. Die Scharte ist wieder ausgewetzt, die unser erster Stadtrat, der Oekonom Peter, uns bereitet hatte, indem er das Mandat nicht annahm.

Stadtverordnetenwahl in Berlin-Wilmersdorf. Bei der Stadtverordnetenwahl in der Berliner Vorstadtgemeinde Wilmersdorf wurde in der Klasse der Mieter der Genosse Lüdemann (Mehrheitspartei) mit 75 Stimmen gewählt. Der von der Sozd. Arbeitsgemeinschaft aufgestellte Kandidat, der Reichstagsabgeordnete Genosse Herzfeld, erhielt 21 Stimmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Aus den Gewerkschaften. Der Verbandsausschuß und Zentralvorstand des Zimmererverbandes beschlossen in einer gemeinschaftlichen Sitzung, eine abermalige Unterstützung an die Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder zur Auszahlung zu bringen. Nachdem bereits fünfmal eine derartige Unterstützung von der Hauptkasse im Betrage von 769 000 Mark ausbezahlt wurde, ist dieses nunmehr die sechste Unterstützung, welche eine Ausgabe von etwa 250 000 bis 260 000 Mk. verursachen wird. Damit wird dann die Gesamtsumme, die für diesen Zweck ausgegeben wurde, den Betrag von einer Million Mark bedeutend überschritten haben. Bei dieser sechsten Unterstützung erhält jede Familie, je nach den geleisteten Beiträgen, 8, 9 und 10 Mark. Ausbezahlt wird dieselbe in der Zeit vom 11. bis 31. Dezember, und soll sie jede Familie erhalten, deren Ernährer bis zum 31. Dezember im Felde sind.

Kommunales.

Die Einführung eines erhöhten Straßenbahntarifs in Groß-Berlin abgelehnt. Der Zweckverband in Groß-Berlin nahm in der gestrigen Sitzung den vom Oberbürgermeister Dominicus in Schöneberg begründeten Antrag gegen die Einführung eines erhöhten Straßenbahntarifs mit 57 gegen 43 Stimmen an. Der Antrag verlangt ferner, daß während des Krieges die Erwerbsverhandlungen mit der großen Berliner Straßenbahn unterbleiben sollen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ausreichende Sühne? Inhaber und Geschäftsführer der Konservenfabrik Atlanta, die eine Grützfülzwurst in Dosen zu 1.30 Mk. im Großhandel verkauft hatten, obwohl sie nur 10 % Fleischbestandteile enthielt, wurden mit je 2000 Mk. bestraft, weil sie täglich an Generalunkosten 240 Mk. zu viel berechnet hatten. Die Strafe beträgt also noch nicht einmal so viel wie der unrechtmäßige Verdienst von 17 Tagen.

Aus Nah und Fern.

Schwindelgeschäfte mit Seife. Eine große Seifenschieberei ist in Stuttgart entdeckt worden. Der Kaufmann Friedrich Spitznagel ist wegen großer Schwindelgeschäfte mit Seife in Stuttgart verhaftet worden. Von den erschwindelten 93 000 Mark konnten 70 000 Mark wieder beigebracht werden.

Große Getreideschiebungen in Unterfranken. In Klingenberg am Main sind große Getreideschiebungen entdeckt worden. Bis jetzt wurden 16 Personen aus Westfalen verhaftet, die im Spessart Getreide und Gerste aufgekauft hatten, um sie unter falscher Bezeichnung nach Norddeutschland fortzuschaffen.

Bei einer Kahnfahrt erfroren. Das Verschwinden eines 50 Jahre alten Arbeiters Gennrich und eines 12 Jahre alten Knaben aus Stettin hat seine Aufklärung gefunden. Beide waren am Sonnabend nachmittag nach Grambow gefahren. Sie beabsichtigten, von dort zu Fuß nach Güntershagen zu gehen, um mit einem Kahn über den großen Lübbersee nach Hause zurückzukehren. Sie hatten trotz des schweren Schneesturmes, der gerade herrschte, die Fahrt angetreten. Seither fehlte jede Spur von ihnen. Das Absuchen des Sees nach den Leichen verlief resultatlos. Erst jetzt fanden Arbeiter aus Güntershagen, die mit Schneiden von Rohr beschäftigt waren am Ausfluß der Drage den Kahn und in dem Kahn die erfrorenen Leichen der Vermißten.

Ein Erfinder von Mordmaschinen gestorben. Wie aus London gemeldet wird, starb dort der Ingenieur Sir Horaz Maxim im Alter von 76 Jahren. Er ist von Geburt Amerikaner (geb. 1840 zu Sangersville im Staate Maine), befaßte sich erst mit Gasbereitungsmaschinen und betätigte sich später auf dem Gebiete der elektrischen Beleuchtung. Dann wendete er sich auch der Erfindung von Mordmaschinen zu. 1883 konstruierte er eine automatische Mitrailleuse, die nach ihm ihren Namen erhielt (Maximgeschütz) und von dem die im jetzigen Kriege eine so hervorragende Rolle spielenden Maschinengewehre abstammen. Maxim hat sich auch noch mit zahlreichen anderen Problemen beschäftigt, u. a. hat er eine Flugmaschine konstruiert.

Schiffszusammenstoß. Das „Echo de Paris" meldet aus Vigo: Die beiden Fischdampfer „Hercule" und „Africa" stießen zusammen und sanken. Neunzehn Mann sind ertrunken.

Orkanartiger Sturm auf Sizilien. Mailänder Blätter berichten von großen Verheerungen, die ein orkanartiger Sturm am Sonntag auf ganz Sizilien anrichtete. Die Ueberschwemmungen verursachten ungeheuren Schaden. Mehrere Personen fanden den Tod. Die Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen wurden größtenteils gestört. Viele Gebäude stürzten ein.

Verlustlisten

Erschienen sind:

Preußische Verlustliste Nr. 695.

Bayerische Verlustlisten Nr. 318.

Marine-Verlustliste Nr. 96.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition Johannisstraße 46 einzusehen

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.